



Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., ausserhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Inserionsgebühren für den Raum einer vollständigen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Verkäufe auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 578. Mittag-Ausgabe.

Siebenundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Sonnabend, den 9. December 1876.

Deutschland.

Berlin 8. Decbr. [Amtliches.] Se. Majestät der Kaiser und König haben den Marine-Hafenbau-Ober-Ingenieur Balduin Emil Richter in Wilhelmshaven, unterm 5. Decbr. d. J. zum Marine-Hafenbau-Director mit dem Range eines Rathes 4. Klasse ernannt.

Se. Majestät der Kaiser haben im Namen des Deutschen Reiches die von dem Bischof zu Metz vorgenommene Ernennung des Hilfsparroirs Stanislas Pregaldin in Jubelise zum Pfarrer in Vic, Bezirk Lothringen, genehmigt.

Se. Majestät der König hat den Secunde-Lieutenant im 2. Brandenburgischen Dragoner-Regiment Nr. 12 Gustav Friedrich Wilhelm Achenborn unter dem Namen Achenborn von Collin geadelt; den Regierungsrath Wegner zu Cöslin, Endell zu Merseburg, Humbert zu Oppeln, Lettow zu Köln und Klemm zu Erfurt den Charakter als Geheimer Regierungsrath verliehen; den Regierungsrath Scheide zu Merseburg zum Ober-Regierungs-Rath und Regierungs-Abtheilungs-Direktor, und den Gutsbesitzer Grafen Adolf Ludwig von Schlieffen zu Sandow zum Landrath des Kreises Pyritz ernannt, sowie dem praktischen Arzt und Arzt am neuen Strafgefängnis bei Berlin, Dr. med. W. den Charakter als Sanitäts-Rath verliehen.

Es sind versetzt: Der Stadtrichter Behowski in Berlin als Kreisrichter an das Kreisgericht zu Pleß, der Friedensrichter Steger in Wegberg an das Kreisgericht in Mors, der Kreisrichter Hänisch in Luchel an das Kreisgericht in Straßburg und der Kreisrichter von Raumer in Liebenwalde an das Kreisgericht in Berlin. Zu Kreisrichtern sind ernannt: Der Gerichts-Assessor Weiskermeil bei dem Kreisgericht in Löbau, der Gerichts-Assessor Schwemann bei dem Kreisgericht in Brilon und der Gerichts-Assessor Salomon bei dem Kreisgericht in Schönlanke. Der Gerichts-Assessor Dr. Häffen ist zum Friedensrichter bei dem Kreisgericht in Homburg zu Wehl ernannt. Der Staatsanwaltsgehilfe Lindenbergh in Ratibor ist in gleicher Eigenschaft an das Stadtgericht und das Kreisgericht in Breslau veretzt. Der Rechtsanwalt und Notar Gerstein zu Herford ist in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht zu Hamm mit Anweisung seines Wohnsitzes daselbst veretzt worden.

Berlin, 8. Dec. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahmen heute den Vortrag des Polizei-Präsidenten von Madai entgegen, empfingen auf dem Dresdener Bahnhofe die königlich sächsische Majestäten und nahmen vor der Abfahrt nach Hubertusstock den Vortrag des Reichsfanzlers Fürsten von Bismarck entgegen.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] war gestern in der Kaiserin-Augusta-Stiftung in Charlottenburg anwesend und empfing heute Ihre Majestät die Königin von Sachsen auf dem Dresdener Bahnhofe. Die königlich sächsische Majestäten und Se. königliche Hoheit der Prinz Georg von Sachsen dejeuneren nach ihrer Ankunft im königlichen Palais, wo auch später ein Diner für Ihre Majestät die Königin stattfand.

[Se. kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz] nahm gestern Vormittag um 11 1/2 Uhr militärische Meldungen entgegen. — Zum Diner um 5 Uhr war Se. Durchlaucht der Fürst Reuß j. L. geladen. — Um 6 Uhr begab sich Ihre kaiserliche und königliche Hoheit die Kronprinzessin nach der Singakademie. (Reichsanz.)

[Militär-Wochenblatt.] v. Bod u. Polach, Major vom Generalstabe der 31. Div., zum Generalstabe des XV. Armecorps, v. Koon, Major vom Großen Generalstabe, zum Generalstabe der 31. Div. veretzt. v. Szegymidi, Pr.-Lt. a. D., zuletzt Sec.-Lt. im 2. Schlef. Inf.-Regt. Nr. 6, die Aufsicht auf Anstellung im Civildienst erhielt. Dr. Wiser, Assst.-Arzt 2. Kl. der Res. vom 2. Bat. (Beuthen) 2. Oberstf. Landw.-Regts. Nr. 23, Dr. Körner, Assst.-Arzt 2. Kl. der Res. vom Landw.-Regt. (1. Breslau) Nr. 38, Dr. Birkholz, Assst.-Arzt 2. Kl. der Res. vom 1. Bat. (Striegau) 1. Schlef. Landw.-Regts. Nr. 10, Dr. Heimann, Assst.-Arzt 2. Kl. der Res. vom Landw.-Regt. (1. Breslau) Nr. 38, Dr. Giesch, Assst.-Arzt 2. Kl. der Res. vom 2. Bat. (Ratibor) 1. Oberstf. Landw.-Regts. Nr. 22, sämtlich zu Assst.-Ärzten 1. Kl. der Res. befördert. Dr. Danilewicz, Unterarzt der Res. vom Landw.-Bat. (Glogau) Nr. 37, Dr. Richter, Unterarzt der Res. vom Landw.-Regt. (1. Breslau) Nr. 38, Dr. Wittel, Dr. Krautwirth, Unterärzte der Res. vom 2. Bat. (Ratibor) 1. Oberstf. Landw.-Regts. Nr. 22, sämtlich zu Assst.-Ärzten 2. Kl. der Res. befördert.

Windt, Hauptm. und Comp.-Chef im 1. Niederschlef. Inf.-Regt. Nr. 46, unter Aggr. bei dem Regt., zur Dienstleistung als Directions-Mitglied bei der Militär-Schießschule commandirt. Krüger-Velshusen, Hauptm. von demselben Regiment, zum Comp.-Chef ernannt. Binnow, Prem.-Lieut. vom 4. Magdeburg. Inf.-Regt. Nr. 67, als ältester Prem.-Lieut. in das 1. Niederschlef. Inf.-Regt. Nr. 46 veretzt. Klatten, Oberst à la suite des Kriegsministeriums und Director der Gewehr- und Munitions-Fabrik zu Spandau, zum Inspector der Gewehr-Fabriken ernannt. Sagemann, Oberst-Lieut. à la suite des 4. Westfäl. Inf.-Regts. Nr. 17 und Director der Gewehr- und Munitions-Fabrik zu Danzig unter Beilegung des Ranges u. als Regt.-Commando, als Director zur Gewehr- und Munitions-Fabrik in Erfurt veretzt. Gerbard, Major vom Kriegsministerium, unter Stellung à la suite des 8. Bomm. Inf.-Regts. Nr. 61, zum Director der Gewehr- und Munitions-Fabrik zu Spandau ernannt; derselbe verbleibt jedoch bis ult. Decembris c. in seinem bisher. Dienstverhältnis. Kuhlman, Major à la suite des 3. Bomm. Inf.-Regts. Nr. 14 und Subdirector der Gewehr-Fabrik zu Spandau, zum Director der Gewehr- und Munitions-Fabrik zu Danzig ernannt. v. Rosenbergh, Oberst a. D., zuletzt Commandeur des Lith. Wänen-Regts. Nr. 12, mit seiner Pension und der Uniform des gedachten Regiments zur Disposition gestellt. Dorn, Sec.-Lieut. von der Landw.-Inf. des 2. Bais. (Hirschberg) 2. Niederschlef. Landw.-Regts. Nr. 47, aus allen Militär-Verhältnissen entlassen.

Berlin, 8. Decbr. [Zur Münzreform. — Die pariser Ausstellung. — Der Ober-Präsident von Schlesien. — Personalien.] Da bei der Durchführung unserer Münzreform namentlich vom staats-finanziellen Standpunkte aus, der Preis des Silbers und die ihn mitbestimmende Silberproduction der Vereinigten Staaten von Nordamerika besondere Beachtung verdienen, so darf das, was aus San Francisco über die dortigen Productions- und Bedarfs-Verhältnisse des Silbers gemeldet wird, nicht unbeachtet bleiben. Darnach wird die bisher von Sachverständigen aufgestellte Schätzung der Silberproduction Nordamerikas für das laufende Jahr in Höhe von 50 Mill. D. bestritten und dadurch der Besorgnis vor weiterer Entwerthung des Silbers der Boden entzogen. Die Berichte aus San Francisco liefern den ausführlichen Nachweis, warum die Annahme erheblicher Steigerung der Silberproduction der Vereinigten falsch ist, sowie ferner, warum die Nachfrage und der Bedarf der Regierung an Silber zunehmen wird, und zwar namentlich wegen Wiederaufnahme des Metallgeldsystems. Anstatt des Exports sei sogar ein Import auswärtigen Silbers zu erwarten, ein weiteres Sinken der Silberpreise also nicht zu befürchten. — Die Frage wegen der Beteiligung Deutschlands an der Pariser Weltausstellung ist nunmehr durch den Beschluß des Bundesraths auf Ablehnung der Einladung sachlich und formell entschieden. Die ablehnende Antwort dürfte durch die deutsche Volkspartei in Paris der dortigen Regierung ungehäuft mitgetheilt werden. Da nun die Reichsregierung nicht in der Lage ist, einen Antrag in dieser Angelegenheit an den Reichstag zu bringen, so würde eine Erörterung dieses Themas im Reichstage selbst nur aus der Initiative des Letzteren erfolgen können. — Der dreimonatliche Termin, welchen

der Oberpräsident Graf Arnim seinen Urlaub erbeten hat, scheint einzelnen Correspondenten zu lang zu währen und sie ergehen sich daher in allerlei Combinationen über die weiteren Beschlässe des Grafen und seinen vermeintlichen Nachfolger. Wie man aus unterrichteten Kreisen erfährt, ist in denselben absolut weiter nichts bekannt, als daß Graf Arnim eben 3 Monate Urlaub hat. Zu irgend welchen weiteren Maßregeln und Combinationen liegt also keine Veranlassung vor, auch nicht zu Aufstellung von neuen Candidaturen. Alle Nachrichten über eine bevorstehende Berufung des Prinzen Reuß für das Oberpräsidium in Schlesien sind daher auf das Gebiet der Conjecturen zu verweisen. Die katholischen Blätter ihrerseits machen sich eine besondere Fabel zurecht, indem sie den beabsichtigten Rücktritt des Grafen Arnim in Verbindung mit dem Culturkampf setzen und behaupten, daß derselbe nicht mit der Regierung in diesen Fragen übereinstimme. Aber auch daran ist kein wahres Wort. — Der bisherige Präsident der Renten-Versicherungs-Anstalt, Geh. Ober-Regierungs-Rath Gamet, hat seine Entlassung aus dieser Stellung erbeten. Zu seinem Nachfolger ist der Wirtl. Geh. Ober-Regierungs-Rath Ribbeck, der schon dem Curatorium dieser Anstalt angehört, in Aussicht genommen.

Berlin, 8. Decbr. [Sitzung des Bundesrathes. — Die Justizgesetze. — Der Etat. — Parlamentarische Soirée.] Der Bundesrath hielt heute Mittag 1 Uhr eine kurze Plenarsitzung unter dem Vorsitz des Staatsministers Hofmann lediglich zum Zwecke, um sich über die Frage des Dresdener Kasernenbaues, sowie bez. einiger Punkte in Betreff des Gesetzes über die Veränderung einiger Wahlbezirke zu verständigen. Gegenüber dem letztgedachten Gegenstande ist es fraglich, ob die Regierung, wie man wissen wollte, in der That sich zu einer Zurückziehung des gesammten Gesetzesentwurfes entschließen möchte. Es heißt, daß hinsichtlich einzelner Reichswahlbezirke sich eine Abänderung als ein unabweisliches Bedürfnis herausgestellt hätte. — Beschlässe der Reichsregierung über die Justizgesetze dürften dadurch eine Verzögerung erfahren, daß der preussische Justizminister Dr. Leonhardt sich unapfänglich befindet und daher eine Förderung der Justizgesetze sich nicht bewirken ließe. Allem Anschein nach ist die Reichsregierung durch den Gang und die Resultate der Berathung in zweiter Lesung nicht von ihrem früheren Standpunkte zurückgekommen, und es scheint, daß sie entschlossen ist, in den Hauptpunkten nicht nachzugeben, sodas die Ausichten auf das Zustandekommen der Gesetze, trotz vielfach entgegengegesetzter optimistischer Anschauungen in keiner Weise gerechtfertigt erscheinen. Man glaubt, daß in dem ganz sicher unerwünschten Falle eines Scheiterns der Justizgesetze die dritte Lesung nicht viel Zeit in Anspruch nehmen möchte; unter allen Umständen ist die Reichsregierung entschlossen, ihren Standpunkt gleich bei Beginn der Berathung offen darzulegen. An Vermittlungsversuchen nach jeder Richtung hin wird es nicht fehlen. Es sind in dieser Beziehung übrigens nicht nur Reichstagsmitglieder, sondern auch die leitenden Minister der verschiedenen Bundesstaaten thätig, welche jetzt hier anwesend sind. — Die dritte Lesung des Reichshaushaltsetats wird im Reichstage sich ziemlich schnell abwickeln, nachdem die Erörterungen über die auswärtige Politik durch die Interpellation Richter erledigt worden sind. Zu Weiterungen wird hauptsächlich der Postetat führen, weil man auf die bekannte Verfüzung der Bromberger Oberpostdirection und die Beschwerden der Socialdemokraten über angebliche Verletzung des Briefgeheimnisses wird eingehen müssen. Die Telegraphen-Anleihe soll am Montag auf die Tagesordnung kommen. Der Generalpostmeister wird zur Veranschaulichung der unterirdischen Telegraphen-Anlagen eine Anzahl Proben von Telegraphentabellen auf dem Tisch des Hauses niederlegen lassen. Uebrigens kommt die bezügliche Vorlage, sowie das Gesetz über die Einführung von Ausgleichungsabgaben kaum vor morgen früh zur Bertheilung. Beide Entwürfe befinden sich mit eingehenden Motiven noch zum Druck. — Gestern Abend fand bei dem landwirthschaftlichen Minister Dr. Friedenthal eine große parlamentarische Soirée statt, welche zu den glänzendsten derartigen Veranstaltungen der letzten parlamentarischen Session gezählt wird. Es erfolgte gewissermaßen die Einweihung der neuen großartigen Gesellschaftsräume in dem jetzigen Ministerialgebäude am Leipziger Platz. Dasselbe ist nach Ankauf zweier Häuser durch innere Veränderungen und verhältnismäßig geringe Arbeiten unter Leitung des Bauinspectors Heeger in den gegenwärtigen Stand gebracht. Die strahlend erleuchteten Räume machten durch ihre gediegene und höchst geschmackvolle Einrichtung bei Fernhaltung jedes Lurus eine imposante Wirkung, namentlich wurden die Kunstgegenstände bewundert, welche die Salons schmücken und unter denen sich Delgemälde namentlich von Berliner Meistern in reicher Zahl befinden. Besonders großartig wirkte der zum Speisesaal benutzte imposante Raum, welcher für die Sitzungen des Landes-Deconomie-Collegiums bestimmt ist und dessen Hauptschmuck ein Deckengemälde des Düsseldorf'schen Malers Ribber, darstellend Pomona Gaben an Landwirthschaft und Gärtnerei spendend. Von 9 Uhr ab versammelten sich die Gäste, deren Zahl etwa 230 Köpfe erreichte, von diesen gehörten etwa 160 dem Reichstage an, welcher mit Ausnahme der Socialdemokraten in allen Fractionen vertreten war. Außerdem bemerkte man die z. J. in Berlin befindlichen Minister und Gesandten von Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden und Hessen und viele Mitglieder des Bundesrathes, die preussischen Minister Dr. Achenbach, v. Bülow und v. Kameke, Chef und Directoren fast aller Centralbehörden, den Oberpräsidenten und den Landesdirectoren der Provinz Brandenburg, den Polizeipräsidenten von Berlin, die Oberbürgermeister von Berlin und Potsdam, Präsidenten und Räte der Gerichtshöfe, den Rector der Universität Prof. Bardeleben, viele namhafte Mitglieder der Schriftsteller-, Gelehrten- und Künstlerwelt, Mitglieder der Presse u. s. w. Die Absicht, die parlamentarischen Kreise des Reiches in Contact mit den Notabeln der Berliner Gesellschaft zu bringen, wurde in glänzendster Weise erreicht. Der Minister und seine Gemahlin machten in liebenswürdigster Weise die Honneurs.

Berlin, 7. Decbr. [Niederlassungs-Vertrag zwischen Deutschland und der Schweiz.] Die in der Schweiz lebenden Deutschen unterlagen bis jetzt daselbst in Bezug auf die Niederlassung und den Gewerbebetrieb mannigfachen Beschränkungen und Belästigungen, weil die einzelnen Gemeinden befugt sind, im Falle der Niederlassung von Angehörigen der Staaten, welche nicht Verträge dieserhalb mit der Schweiz geschlossen haben, die Bestellung beträchtlicher Cautionen

zu verlangen, ihnen auch besondere jährliche Abgaben aufzuerlegen. Nur die Angehörigen von Württemberg und Baden genossen auf Grund besonders abgeschlossener Verträge die gleichen Rechte, wie Schweizer Bürger. Die Bewohner von Elsaß-Lothringen, die sich früher der gleichen Vergünstigung erfreuten, hatten dieselbe nach Ansicht der Schweizer Behörden durch die Vereinigung mit Deutschland verloren. Diese ungleiche Behandlung wirkte um so störender, als die Zahl der in der Schweiz dauernd sich aufhaltenden Deutschen auf 50,000 angenommen werden kann, welche der Mehrzahl nach dem Stande der Handwerker und kleineren Gewerbetreibenden angehören und das Drückende der ihnen als Fremden auferlegten pecuniären Mehrleistungen schwer empfinden. Der am 27. April d. J. zu Bern zwischen der Schweiz und Deutschland abgeschlossene Vertrag schafft in diesem Verhältnisse eine entschiedene Besserung. Danach werden die Deutschen in Bezug auf Person und Eigenthum in jedem Cantone der Schweiz den Angehörigen der anderen Cantone gleich behandelt. Von den aus dieser allgemeinen Regel sich ergebenden Rechten sind hervorzuheben die Befugniß, in der Schweiz ab- und zuzugehen, sich daselbst dauernd oder zeitweilig aufzuhalten, sowie jede Art von Gewerbe und Handel zu betreiben, welche den Angehörigen der verschiedenen Cantone erlaubt ist. Es könnte auffallen, daß die Deutschen nicht den Angehörigen desjenigen Cantons, in welchem sie sich aufhalten, sondern nur den Angehörigen der anderen Cantone gleichgestellt sind. Doch konnte für die Deutschen nicht wohl eine günstigere Stellung beansprucht werden, als sie innerhalb der Schweiz den Angehörigen der verschiedenen Cantone selbst eingeräumt ist. Im Interesse der allgemeinen Wehrpflicht war die Bestimmung unerlässlich, daß beide Theile in Bezug auf solche Personen, welche vor Erfüllung ihrer Militärpflicht die Staatsangehörigkeit gewechselt haben, das Recht besitzen, ihnen die Befugniß zum bleibenden Aufenthalt oder die Niederlassung in ihrem früheren Heimathlande zu unterfangen. Es wird dadurch verhindert, daß — wie dies 1866 in Frankfurt a. M. geschah — Deutsche in einem Alter, in dem ihnen die Entlassung nicht verweigert werden kann, zum Scheine nach der Schweiz auswandern, dort das Bürgerrecht erwerben und dann auf Grund des Vertrages das Recht in Anspruch nehmen, sich als Schweizer ungestört in Deutschland aufhalten zu dürfen. Die Dauer des Vertrages ist auf 10 Jahre festgesetzt; die früher zwischen einzelnen deutschen Staaten und der Schweiz abgeschlossenen Niederlassungs-Verträge treten mit dem 1. Januar 1877 außer Kraft. Der Reichstag wird voraussichtlich schon in den nächsten Tagen diesem Vertrage seine Zustimmung ertheilen.

Braunsberg, 6. Dec. [Auffschub.] Der „D. Ztg.“ schreibt man: Auf Verfügung des Cultusministers ist das hiesige Priester-Seminar der Diocese Ermland geschlossen worden, weil der Director desselben sich der staatlichen Revision der Anstalt widersetzt hat. Der Director hat in einer Eingabe an den Cultusminister gegen diese Maßnahme protestirt. Die Räumung der Anstalt wird bis zur Entscheidung über diesen Protest aufgeschoben werden.

Schwerin, 6. Decbr. [Die Ritterschaft] hat auf dem Landtage einen Antrag an beide Landesherren angenommen, durch ihre Vertreter im Bundesrathe dahin wirken zu wollen, daß die obligatorische Civilehe aufgehoben und die facultative eingeführt werde. Eine neue Demonstration gegen das Deutsche Reich!

Obernburg, 6. Decbr. [Eine Entscheidung des hiesigen Appellations-Senats,] die sich auf verschiedene Erkenntnisse des Reichsoberhandelsgerichts stützt, dürfte allgemeineres Interesse erregen. Der Bürger F. sieht sich genöthigt, wegen eines Wechsels von 15,000 M gegen den Lieutenant Freiherrn v. M. Klage bei dem Obergerichte zu erheben, da letzterer rundweg die Zahlung verweigert. Die Sache liegt so klar, wie nur möglich, der Beklagte gesteht die Nichtigkeit seiner Unterschrift ein und wird demgemäß vom Obergerichte verurtheilt, seinen Verpflichtungen nachzukommen und das von Rechts wegen. Der freiherrliche Schuldner appellirt und richtig! der zweiten Instanz gelingt es, dem Verurtheilten mit viel Aufwand von juristischem Scharfsinn die Berechtigung zuzusprechen, die entlehene Summe ruhig zu behalten. Der enttäuschte F. verzweifelt an seinem Rechtsinn und nimmt sich vor, nie wieder der Unterschrift von Ehrenmännern zu trauen. Da die letzte Entscheidung sich auf Paragraphen der mit Preußen abgeschlossenen Militärconvention stützt, wie sie andere deutsche Staaten ähnlich schlossen, so möge dieser Fall den Bürgern der letzteren eine Warnung sein.

Bonn, 7. Decbr. [Die Verwarnung der sogenannten Staatspfarrer.] Der „Bonner Zeitung“ schreibt man: Die kürzlich in einem aus Köln datirten Artikel ausgesprochene Ansicht, daß es keine eigentlichen Geheimdelegaten für die rheinisch-westfälischen Diocesen gebe, wird richtig sein. So strenge und detaillirt die Bestimmungen des canonischen Rechtes über die Rechte der einzelnen Stufen der Hierarchie und über die bei der Ausübung dieser Rechte zu beobachtenden Formen auch sein mögen: wenn es dem Papste zweckmäßig erscheint, kann er sich über alle diese Bestimmungen hinwegsetzen und ganz formlos seine Verfügungen erlassen. Ein Beispiel davon haben wir in der Art und Weise, wie jetzt die Geistlichen, welche ihr Staatsgehalt fortbezogen, verwarnt werden. Von der Beobachtung der Formen, welche das canonische Recht für die Verwarnungen vorschreibt, die der Verhängung von kirchlichen Censuren vorhergehen müssen, ist gar nicht die Rede. Die betreffenden Geistlichen erhalten ein Briefchen mit einem ausländischen Poststempel (z. B. Brüssel), in kleinem Format, ohne Siegel, meist mit einem schwarzen Rande, so daß das Couvert einen Privatbrief erwarten läßt. In dem Couvert steckt ein Octavblättchen, auf welchem (ohne Angabe des Druckers) in lateinischer Sprache gedruckt ist, was wir hier in genauer deutscher Uebersetzung mittheilen wollen:

„Heiligster Vater! N. N., Pfarrer in D. und der Pfarrer N. N. in B., beide zur Diocese N. gehörig, werfen sich zu den Füßen Ew. Heiligkeit nieder, betheuern ihre Hingebung und ihren Gehorsam gegen die heilige Kirche und gegen den unfehlbaren heiligen apostolischen Stuhl und bitten demüthig, es möge zur Veruhigung ihres Gewissens und des Gewissens Anderer, sowohl Priester als Laien, eine Erklärung bezüglich folgender Frage gegeben werden: Können Priester des Königreichs Preußen, welche vor der Verbanung der neueren, der h. katholischen Kirche feindlichen preussischen Gesetze auf Grund der früher bestehenden Gesetze und des Concordates Einkünfte bezogen, auch in Zukunft diese Einkünfte fortbezogen, so lange die preussische Staatsregierung weder ausdrücklich noch stillschweigend, weder wirklich noch thatsächlich etwas von ihnen verlangt, was entweder ausdrücklich oder implicite eine Anerkennung jener den Rechten und der Freiheit, ja

dem Fundamente der h. kathol. Kirche zuwiderlaufenden Gesetze involviret, und so lange die Priester selbst, was Gott verhüten wolle, auch nicht aus eigenem Antriebe etwas der Art thun?

Aus der Audienz bei dem h. Vater am 6. Oct. 1876. Unser allerhöchster Herr, Pius IX., von Gottes Gnaden Papst, hat auf den Bericht des unterzeichneten Secretärs der h. Congregation für außerordentliche kirchliche Angelegenheiten, nach reiflicher Erwägung des Vorgetragenen und mit Berücksichtigung der besonders im vorliegenden Falle in Betracht kommenden Umstände, auf die vorgelegte Frage zu antworten befohlen:

es sei nicht erlaubt, die fraglichen Einkünfte zu beziehen, wenn nicht die Betreffenden vorher ausdrücklich und öffentlich erklären, es sei nicht ihre Intention, durch das Fortbeziehen der Einkünfte irgendwie den von der katholischen Kirche verdammteten Gesetzen zuzustimmen (adhærere).
(Geg.) A. Jacobi, Secretär.

Marzingen, 6. Decbr. [Recurs.] Die „Tr. Landeszeitung“ schreibt: Die Rathskammer des königlichen Landgerichts zu Saarbrücken hat bereits am Donnerstag das Urtheil des Vormundschaftrichters zu St. Wendel aufgehoben und erklärt, daß bis jetzt weder Betrug noch ein anderes Vergehen in der Marziping Angelegenheit, namentlich nicht den drei Kindern gegenüber, nachgewiesen sei. Gegen das landgerichtliche Urtheil ist auf Veranlassung der Regierung der Cassations-Recurs vom Ober-Procureur erhoben worden, so daß auch der höchste preussische Gerichtshof in dieser Affaire seinen Ausschpruch zu thun haben wird.

Wiesbaden, 6. Dec. [Austritt.] Nach dem „Rh. Kur.“ sind heute gegen 40 Familien aus der hiesigen israelitischen Cultus-Gemeinde ausgetreten.

Schweiz.

Bern, 1. Dec. [Zu den Tessiner Wirren.] In seiner heutigen Sitzung hat der Bundesrath die anlässlich der letzten tessiner Wirren angeordnete Aufstellung des thurgauer Infanterie-Regiments Nr. 25 wieder aufgehoben. Nationalrath Bavier, der eidgenössische Commissar, welcher Dinstag und Mittwoch in Bern war, um dem Bundesrath über das Resultat seiner Mission nach dem Canton Tessin einen letzten Bericht zu erstatten, hat von beiden Parteien betreffend die fernere Aufrechterhaltung des Friedens, wie verlautet, die herabwürdigendsten Zusicherungen erhalten. Nichts desto weniger weiß der „Republican“ von einer letzten Sonntag begangenen neuen ultramontanen Morthat zu berichten. Am Abend dieses Tages, erzählt jenes Blatt, kehrte eine Gesellschaft liberaler junger Männer singend nach Mendrisio zurück; plötzlich und ohne vorherige Provocation wurde aus einem ultramontanen Hause auf dieselben geschossen und einer von ihnen im Genick getroffen, daß er sofort zusammenbrach. Seitens der Liberalen werden jetzt ganz energische Maßregeln ergriffen werden, um solchen menschenmörderischen Schandthaten in Zukunft vorzubeugen.

[Von der Simplonbahn-Gesellschaft. — Eisenbahn-Engläd.] Gestern hat der in Sitten verammelte Große Rath des Cantons Wallis dem mit der Simplonbahn-Gesellschaft abgeschlossenen Vertrag über den Bau der Linie Biège-Brigue mit 51 gegen 24 Stimmen unter Namensaufzählung seine Genehmigung erteilt. Auf der nach dem Weltlichen Fahrplan System erbauten Linie Wädenswil-Einfiedeln hat sich gestern ein großes Unglück ereignet. Auf einer Probefahrt ging die Locomotive, welcher noch ein Schienenwagen mit einer Anzahl Personen angehängt war, bei der Thalfahrt durch und fuhr, nachdem der Schienenwagen schon vor Wädenswil umgeworfen, mit furchtbarer Schnelligkeit in den Bahnhof dieses Ortes ein, wo die Locomotive vollständig zertrümmerte. Ein Herr Dr. Kälin und ein Heizer Namens Frei blieben auf der Stelle todt, sieben Personen sind schwer und noch einige andere minder schwer verletzt. Auch zwei vorhergegangene Probefahrten hatten keinen befriedigenden, wenn auch nicht so schrecklichen Ausgang gehabt.

Bern, 2. Dec. [Handelsvertrag.] Gestern und heute war unter dem Vorsitz des Bundesraths Schenk die von dem Eisenbahn- und Handels-Departement bestellte, aus 25 Mitgliedern bestehende Sachverständigen-Commission für Revision des schweizerisch-französischen Handelsvertrages in Bern versammelt. Nach Entgegennahme eines Berichtes von Schenk über die Vorarbeiten, wonach die Verhandlungen mit Frankreich über den neuen Vertrag schwerlich vor dem Jahre 1878 zum Abschluß gelangen werden, theilte sich die Commission in ihrer gestrigen Sitzung behufs Einzelberatung der verschiedenen Industriezweige in drei Sectionen, welche heute ihrerseits über das Resultat derselben Bericht erstatteten. Diese Berichte sollen jetzt dem schweizerischen Gesandten in Paris, Dr. Kern, als Richtschnur für die von ihm mit dem französischen Handels-Ministerium zu pflegenden Verhandlungen zugestellt, außerdem zur öffentlichen Kenntniß gebracht werden.

[Christkatholische. — Erdstöß.] Im Canton Neuchâtel hat der Große Rath dem Gesuche der katholischen Gemeinde von Lachaudsfonds um Einverleibung in das schweizerische christkatholische Bisthum einverstanden. — Borgefährten Abend 7 Uhr 30 Minuten wurde in Yverdon ein starker Erdstöß verspürt.

Zürich, 5. Decbr. [Aus der Bundesversammlung. — Kirchliches. — Verschiedenes.] Gestern begann die Bundesversammlung ihre Wintersitzung. Im Nationalrath warf Präsident Lepetit schlechten Zeiten. Der Nationalrath stürzte sich dann kopflos in das Gesetz über die politischen Rechte der Niedergelassenen und Aufenthalter u. und blieb richtig schon im ersten Artikel stecken; der Zwiespalt öffnete sich über die größeren oder geringeren Rechte derselben gegenüber den Cantonsbürgern. Der Ständerath nahm das Wasserpölpelgesetz in Angriff, tritt sich aber in der ganzen Sitzung darüber, ob der Entwurf des Bundesraths oder der der Commission zum Grunde gelegt werden sollte. — Da in Tessin die Ordnung hergestellt ist, so hat der Bundesrath die Pflanzung von Truppen aufgehoben und den eidg. Commissar Bavier beurlaubt. Letzterer erwähnte in einem Abschiedsworte die Parteien und ihre Zeitungen zur Ruhe und Mäßigung. — Die Genfer Nachwahlen sind wiederum den Liberalen zugeworfen; die Opposition stimmte nicht mehr mit. — In Bern hat sich der Schweiz. Verein für gerechte proportionale Vertretung aller Wähler mit Statuten und Vorstand constituirt; die entgegengesetzten Richtungen haben sich zu diesem Zwecke zusammengefunden. — Der altkatholische Bischof Herzog hat an 7 Orten bereits 1583 Kinder getauft; die ultramontanen Verleumdungen haben ihm Wasser auf die Mühle geführt. — Der Große Rath von Neuchâtel hat der katholischen Gemeinde in Chaurdesfonds den Anschluß an das altkatholische Bisthum gestattet. — Der Große Rath von Luzern hat der neuen freisinnigen Verfassung der katholischen Kirchgemeinde Luzern die Genehmigung versagt; sie wird aber beim Bund ihr Recht durchzusetzen wissen. — Der Große Rath von Bern hat im Einklang mit der Bundesverfassung ein Gesetz genehmigt, nach welchem der aus einer Religionsgenossenschaft förmlich Austretende keine örtlichen Cultussteuern an dieselbe zu zahlen braucht, ausgenommen für das laufende Jahr und bei früher beschlossenen außerordentlichen Ausgaben bis Ende des zweiten Jahres. In Betreff allgemeiner Staatsausgaben für die Landeskirchen tritt für Niemanden Steuerbefreiung ein. — Der Große Rath von Solothurn hat den Kapuzinern den bisher üblichen Jahresbeitrag von 2000 Fr. in Baar und Naturalien mit fast Dreiviertelmehrheit entzogen; das haben sie für ihre ultramontane Unduldsamkeit und Heberelei. — Die Kirchenpflege der katholischen Gemeinde Leuggern im Aargau fordert, nachdem sie erfahren, daß die dort eingesessenen Bewohner von Leibstätt sich der „altkatholischen Lehre“ anschließen wollen, die Pfarrkinder zur Erklärung auf, daß sie beim römisch-katholischen Glauben bleiben wollen; die anderen dagegen werden im Leben und Sterben ihrem altkatholischen Schicksal überlassen. — Im Großen Rath von St. Gallen wurde nach langer lebhafter Debatte mit 89 gegen 60 Stimmen einfache Tagesordnung erkannt über die Proteste des Bischofs, des katholischen Administrationsraths und der 17,370 Petenten gegen das neue Verbot für die Erziehungsschulen. Selbst einige gemäßigte Conservative tadelten die clericalen Sturmzüge gegen das Buch und wünschten, daß die Geistlichen in politischen Dingen etwas mehr in

den Hintergrund treten und den Laien den Vortritt lassen möchten. — In Folge des Begräbnisgesetzes wird der israelitische Friedhof zu St. Gallen mit dem allgemeinen verschmolzen. — Die Regierung von Innerrhoden hat sich, wie es scheint, dahin erweichen lassen, daß die Gemeinde Eggerstanden die Lehrschwestern behält, welche sie sich statt des Lehrers angeschafft hat. Das ganze Schulwesen in dem Ländle liegt noch sehr im Argen. Namentlich leidet es an der unseligen Verquickung der Schule mit der Kirche und an dem Uebermaß eines geistlichen Religionsunterrichts; kaum ist das Kind in diese Welt eingetreten, so wird es schon mit jener geplagt, wie Kant sagte. — Der Pfarrer von Pessen, Baselland, ließ den vom Landrath begnadigten, früheren Pfarrer Buholzer, der wegen widernatürlicher Unzucht im Zuchthaus saß, in seiner Kirche Messe lesen! — Die Nachricht von der Gründung einer polnischen Militärschule in Zürich stammt aus der Entenjagd. — Der trotz seiner Schwindsucht eifrig arbeitende Componist Hermann Götz aus Königsberg, besonders bekannt durch die Oper „Der Widerspänstigen Zähmung“, ist 36jährig in Zürich verstorben. — Die englische Miß Gratton, welche im Januar den Montblanc bestieg, hat mit 30 Jahren ihren Führer geheiratet, den sie seit 15 Jahren kannte. — Die Gründer der Wasser- und Wälder-Gesellschaft von Freiburg hatten über 800,000 Fr. Grünbergewinn eingefakelt; Nehmen ist seliger denn gehen. Recht fatal, daß die Gewinne ihnen von Gerichtswegen wieder abgezapft werden. — Ein englischer Juwelier, der mit 1,400,000 Fr. Deficit durchgebracht war und ein französisches Haus um 400,000 Fr. betrogen hatte, ist in Saron, dem Sitz der Walliser Spielhölle, dingfest gemacht worden, allerdings das Geld nicht mit. — Der mit 20,000 Mark aus Stuttgart entwichene 19jährige Postbeamte Karl Schmid hat sich, nachdem er kaum 10 Tage geschlemmt hatte, bei Zürich erschossen; in Folge des Steckbriefs und der Belohnung von 600 M. saß ihm die Polizei dicht auf den Fersen.

Frankreich.

© Paris, 6. Dec. [Zur Cabinetkrisis. — Die Reichstagsrede Bismarck's. — Zur orientalischen Krisis.] Die Konferenz Mac Mahon's, d'Audiffret-Pasquier's und S. Grévy's ist auf heute Abend festgesetzt. Dufaure und der Vicepräsident des Staatsraths, Paul Andral, werden an derselben Theil nehmen. Man weiß also bis jetzt nichts über die Lösung der Krisis; jedes Journal hat seine Ministerliste, aber es ist überflüssig, diese Listen aufzuführen. Mac Mahon hat nach dem gestrigen Conseil das alte Ministerium zu einer Berathung auf Sonnabend eingeladen, für den Fall, daß bis dahin das neue Cabinet nicht gebildet worden. — Die Blätter beschäftigen sich heute Abend mit der Rede Bismarck's. Sie halten in der Mehrzahl dafür, daß diese officielle Aeußerung des Reichskanzlers mit weniger Friedensausichten eröffne, als seine jüngste Tischede. — Die Börse schloß heute stark ed haussa auf die Nachricht, daß Vortschakoff ein Rundschreiben verfaßt habe, worin er erklärt, daß die Besetzung der Bulgarei von Rußland nicht als eine conditio sine qua non betrachtet werde, und daß die Regierung des Czaren bereit sei, auch eine andere genügende Garantie anzunehmen. Auch die Meldung, daß die Conferenzen in Konstantinopel am nächsten Sonnabend eröffnet werden soll, hat das Vertrauen der Börse gekräftigt.

© Paris, 7. Decbr. [Zur Cabinetkrisis. — Das Programm der Linken. — Zur Gambetta'schen Revenuensteuer. — Bismarck's Reichstagsrede.] Die Krisis ist noch nicht beendet, und man weiß noch nicht, welche Folgen die gestrige Conferenz im Glosée haben wird. Jedoch bleibt in den parlamentarischen Kreisen die Ueberzeugung vorherrschend, Mac Mahon werde sein Ministerium im linken Centrum und der Linken wählen. Schwierig hätte er die Rathschläge d'Audiffret-Pasquier's und Jules Grévy's erbeten, wenn er auf dieselben keine Rücksicht nehmen wollte; man weiß aber, daß d'Audiffret-Pasquier sowohl als Grévy eine Lösung in dem angegebenen Sinne empfehlen. Da Léon Say abgelehnt hat, die Präsidenschaft des Conseils zu übernehmen (abgelehnt seinen Freunden gegenüber, denn eine directe Aufforderung von Seiten des Marschalls ist ihm noch nicht zugegangen), so glaubt man jetzt, das Duclerc von der Linken beauftragt werden wird, ein Cabinet zu bilden, in welchem ihm das Portefeuille des Innern zufallen würde. Duclerc ist Mitglied der Linken, ein Mann von verschönllichem Charakter, gegen dessen Person Mac Mahon kein Mißtrauen zu hegen scheint. Von Jules Simon ist für den Augenblick wenig mehr die Rede und es heißt, daß de Marcère nicht in das neue Cabinet eintreten wird. Die Haupt Schwierigkeit nächst der Wahl eines Conseils-Präsidenten besteht in der Wahl eines Kriegsministers; der Marschall will auch jetzt noch den General Verhaug im Amte erhalten wissen. Dies ist im Wesentlichen, was sich gegenwärtig über den Stand der Dinge sagen läßt. Die antirepublikanischen Blätter stellen fortwährend die Situation als sehr kritisch dar, und ihnen hat sich neuerdings der „Moniteur“, das Organ des Duc Decazes, beigefügt. Der „Moniteur“ glaubt nicht an die Möglichkeit einer baldigen Lösung. Für ihn liegt das Uebel der Lage nicht darin, daß sich in der Umgebung Mac Mahon's geheime Einflüsse geltend machen, die geheimen Einflüsse wären vielmehr anderswo zu suchen: einmal bei Thiers, der nur darauf ausgehe, den Marschall zu stürzen, und zum Anderen in der Budget-Commission, die sich unter der Leitung Gambetta's aufs Verwegenste der Gewalt zu bemächtigen und alle Thätigkeit der Regierung lahm zu legen bemüht habe, worauf sich erwidern läßt, daß jedenfalls die Budget-Commission nicht allein steht, daß vielmehr die ganze Kammer-Majorität ihre Mitschuldige wäre, wie das aus den letzten Voten der Kammer und aus dem Programm der drei republikanischen Fractionen zur Genüge hervorgeht. Die Linke der Kammer hat sich gestern wieder in Paris versammelt und beschlossen, an dem erwähnten Programm, welchem inzwischen auch die republikanischen Senatoren beigetreten sind, entschieden festzuhalten. Mehrere Mitglieder dieser Partei wollen heute Nachmittag eine abermalige Vertagung der Kammer verlangen und zwar bis Montag, in der Voraussetzung, daß bis dahin das Cabinet gebildet worden. Der Rest der Budgetdiscussion wird noch etwa drei Tage in Anspruch nehmen. Die Commission hat gestern neuerdings über das Gambetta'sche Project, betreffs Einführung der Revenuensteuer berathen; in der Kammer wird dies Project in der jetzigen Session wohl nicht mehr zur Besprechung kommen. — Die „Republique française“ läßt sich heute wie folgt über Bismarck's Rede im Reichstag vernehmen: „Wolleicht war Fürst Bismarck vorgestern im Reichstag weniger kategorisch in Betreff der orientalischen Frage als er am 1. December bei einem parlamentarischen Diner gewesen. Man muß wahrheitsgemäß diese Zurückhaltung dem seitlichen Charakter einer offiziellen Rede zuschreiben. Gleichwohl hat sich nichts geändert in der Meinung des Großkanzlers mit Bezug auf die Haltung Deutschlands in der orientalischen Angelegenheit. . . Was Frankreich angeht, so glaubt der Kanzler dasselbe in dieser Angelegenheit nicht viel mehr interessiert als Deutschland. Gegen diese Versicherung ließen sich wohl einige Einwendungen erheben, aber jede Discussion hierüber hätte bloß ein didaktisches Interesse und wäre somit überflüssig. Was vor Allem aus der Rede hervorgeht, ist, daß Deutschland, sympathisch für Rußland, so lange dieses letztere keine ehrgeizigen Absichten auf die Donauprovinzen hegt, mit aller Welt in gutem Ein-

vernehmen bleiben wird und daß es durch Ueberredung an der Erhaltung des Friedens oder wenigstens an der Localisirung des Krieges arbeiten wird. Im Interesse der Ruhe Europas konnte man nicht mehr hoffen.“ In den „Debats“ heißt es: „Die Freundschaftsbetheuerungen, welche Herr v. Bismarck in seiner offiziellen Rede an Rußland richtet, überraschen uns durchaus nicht. Wir sind sogar überzeugt, daß dieselben theilweise aufrichtig gemeint sind; theilweise bloß, denn wenn Deutschland nicht vergessen kann, welche Dienste ihm das russische Bündniß geleistet hat, so scheint es doch kaum geneigt, seine eigenen Interessen einem Gefühl der Dankbarkeit gegenüber der Regierung von St. Petersburg aufzuopfern. Es überrascht uns ebenfalls nicht, daß Herr v. Bismarck das Bündniß der drei Kaiser wieder ins Leben rufen zu müssen glaubte, um ihm einige posthume Huldigungen zu spenden. Das sind officielle, gewissermaßen unvermeidliche Redemendungen, die weiter keine Bedeutung haben. Die Rede im Reichstag gleicht wenig der Tischede, mit der sich ganz Europa beschäftigt hat, aber sie widerspricht derselben in keinem einzigen Stücke. Man kann übrigens nicht den geringsten Zweifel gegen die Authenticität dieser Tischede erheben.“

Großbritannien.

A. A. C. London, 6. Decbr. [Der Unterstaatssecretär für die Colonien, Bowther,] wohnte gestern einer conservativen Kundgebung in Carlisle an, die den Zweck hatte, der Regierung ein Vertrauensvotum abzugeben. Er hielt bei dieser Gelegenheit eine Rede, die im Großen und Ganzen eine Rechtfertigung der Orientpolitik des Ministeriums bildet.

Er mißbilligte die Gräuel-Meetings als Versuche, politisches Capital aus einem nationalen Gefühlsausdruck zu schlagen und die öffentliche Meinung von der wirklichen Streitfrage abzulenken. Gegen die Führer der Gräuel-Agitation zog der Unterstaatssecretär schonungslos zu Felde, insbesondere gegen Herrn Bright. Wenig Gnade fand auch in seinem Augen Gladstone's jüngster Aufschwung über den hellenischen Aspect der orientalischen Frage. Nicht zufrieden damit, durch seine früheren Schriften nutzloses Blutvergießen unter den Slavenrassen verursacht zu haben, bestrebe sich der Ex-Premier jetzt mit Vorbedacht, die bisher abgeneigten griechischen Bevölkerungen in den Schlund der Vernichtung zu ziehen.

[Aus Cape Coast Castle] gehen dem „Bureau Reuter“ in London unterm 14. v. M. folgende Nachrichten zu: Die Dahomianer, die Wirkungen der Blotade heftig verpörend, haben Pöble um einen großen Feisch-Baum herum gepflanzt und schwören, beim ersten gegen sie gemachten Angriff, die Köpfe der Europäer darauf zu spielen. Ein portugiesischer Kaufmann, Senor Lino, und Senor da Silva, ein Brasilianer, sind bis auf die Haut entkleidet, gefesselt und dann nach Abomey geschleppt worden, weil sie die Aeußerung fallen ließen, der König von Dahomey sollte die ihm von den Engländern auferlegte Geldbuße entrichten. Die Factoreien sind geplündert worden und die Hauptlinge haben alle darin befindlichen Spirituosen-Vorräthe mit Beschlag belegt. Sieben Eingeborene sind auf Befehl des Königs erschossen worden, weil sie von Unterhandlungen mit dem britischen Commodoro sprachen. Andere Ausschreitungen sind tägliche Vorkommnisse. Die Einwohner von Whydah haben sich beim Commodoro Schutz gegen den König erbeten. Truppen versammeln sich in Whydah, um Azuma anzugreifen. Es wird auch ein Angriff auf Groß-Popo erwartet. Anderen Berichten zufolge soll der König von Dahomey geneigt sein, sich direct mit der englischen Regierung in Verbindung zu setzen und hatte Briefe nach Klein-Popo geschickt.

Osmanisches Reich.

Belgrad, 7. Decbr. [Die Demarcations-Commission] traf gestern Nachmittag in Sabac ein, begab sich heute früh nach Leschniza und will von dort nach Saffar gehen. Nach Beendigung der Arbeiten bei Klein-Zwornik soll aufs linke Ufer der Drina übergesetzt werden. In Belina wird die Commission mit zwei Commissären zusammentreffen, welche Oberst Despotovics sandte, so daß die Reise in das Inurgentenlager entfällt. In den letzten Sitzungen der Commission wurde die neutrale Zone am Ibar vorläufig festgesetzt. Die von Serben bewohnten Dorschaften im Toplika-Thale, Müdigkeit, Kurzsichtigkeit fallen in neutrales Gebiet, ebenso ein Theil der südlich von Raschka in der Richtung auf Novibazar gelegenen Dörfer.

(W. Tagebl.)

Amerika.

Washington, 5. Decbr. [Aus der Botschaft des Präsidenten] theilen wir mit Weglassung der bereits mitgetheilten Stellen nach einem dem Bureau Reuter von hier heute zugegangenen Telegramm noch Folgendes mit:

„Dem Congress der Vereinigten Staaten wurde heute die Botschaft des Präsidenten Grant überreicht. In den einleitenden Bemerkungen weist der Präsident auf seine politische Unerfahrenheit zur Zeit, da er zur Präsidentschaft berufen wurde, hin, und räumt die Irthümer ein, die seine Verwaltung beging, aber er sagt, es seien Irthümer der Beurtheilung, keine des Selbstinteresses, gewesen. Ferner bemerkt Präsident Grant, daß die Indianertrüge zu einem Ende gebracht worden seien, ausgenommen in den Schwarzen Bergen, wo die Habgucht der Weißen Feindseligkeiten verurursachte, die indeß nunmehr durch einen Vertrag für die Verlegung der Indianerstämme theilwählig zu einem Abschluß gebracht worden seien. Mit Bezug auf auswärtige Angelegenheiten bemerkt die Botschaft: Die freundschaftlichen und herzlichen Gesinnungen, welche durch die Betheiligung ausländischer Nationen an der Centennial-Ausstellung in Philadelphia bekundet worden, seien von den Vereinigten Staaten völlig gewürdigt worden, und aus der besseren Bekanntheit und Würdigung der gegenseitigen Vortheile und Bedürfnisse einer jeden Nation würde sehr Ertrüßliches resultiren. Präsident Grant empfiehlt dem Congress dringend, die in dem diplomatischen Dienst vorgenommenen Gesetzerhebungen in nochmalige Erwägung zu ziehen, weil dieselben sich, wie er meint, als eine kostspielige Erprobung erweisen und einen Verlust an Einfluß im Auslande verursachen dürften. Die Commission über die Alabama-Forderungen habe mit Fleiß und zur allgemeinen Zufriedenheit gearbeitet; dieselbe werde sämtliche Forderungen in der festgesetzten Zeit erledigen. Die gemischte Commission habe ihr Werk der Feststellung der Demarcationslinie zwischen den Vereinigten Staaten und den britischen Besitzungen vollendet und die endgültige Uebereinkunft über diesen Punkt wurde am 29. Mai unterzeichnet. Der Präsident behält sich seine Bemerkungen über die Auslieferungstrage für eine besondere Botschaft vor. Er zeigt an, daß die Commission zur Regelung der mexicanischen Ansprüche ihre Arbeiten beendet habe, und er becomplementirt den britischen Gesandten Sir E. Thornton in schmeichelt haften Ausdrücken zu der Erfüllung seiner Function als Schiedsrichter. Venezuela setze die monatlichen Ratenzahlungen fort, sein Vorschlag für die Emission von Obligationen sei demnach abgelehnt worden. Colorado sei nachdem es den Erfordernissen der Constitution Genüge geleistet, als ein Staat der Union zugelassen und als solcher gehörig proclamirt worden. Präsident Grant schließt, wie folgt: „Die Aufmerksamkeit des Congresses kann nicht ernstlich genug auf die Nothwendigkeit gelenkt werden, die Methode der Präsidentschaftswahl mit größeren Schutzmaßnahmen zu umgeben. Unter dem gegenwärtigen System existiren keine Mittel für die Beanstandung einer Wahl in irgend einem Staate. Eine Abhilfe dieses Standes der Dinge dürfte theilweise in der Aufklärung der Stimmberechtigten und der compulsorischen Unterstützung von Freischulen gefunden werden. Würde allen denjenigen, welche nach einer für einheimische wie im Auslande geborene Bürger festgesetzten Probezeit die englische Sprache nicht lesen und schreiben können, das Stimmrecht entzogen, so würde dies meine herzliche Zustimmung finden. Eine solche Regel sollte indeß nicht auf die gegenwärtigen Stimmberechtigten Anwendung finden.“ Außer diesen Aeußerungen berührte der Präsident nicht die existirende politische Krisis, deren Verhütung wahrscheinlich für eine künftige besondere Mittheilung vorbehalten ist.

Provinzial-Beitung.

—d. Breslau, 9. Dec. [Bezirksverein der Dhlauer-Vorkadt.] In der am 7. v. M. abgehaltenen Versammlung gab Hausbesitzer Karlowsky den Rassenbericht, nach welchem die Kosten für die Agitation zu den Stadtverordneten-Wahlen ein Deficit verursacht haben. Nach Besprechung und Erlebung einiger inneren Vereinsangelegenheiten wurde die Neuwahl des Vorstandes vorgenommen. Es wurden gewählt die Herren: Dr. Schmeißel, Director Dr. Fiedler, Kaufmann Sährig, Mechanikus

Thomas, Hausbesitzer Karlowitz, Regierungs-Secretär Gnidwitz, Fabrikbesitzer und Stadtverordneter Veblo, Stadtverordneter Director Seidel, Fabrikbesitzer und Stadtverordneter E. Hofmann, Hausbesitzer Penkert, Hausbesitzer Springer und Fabrikbesitzer Glier. Es folgte die Erledigung des reichhaltigen Fragestoffs. Auf Antrag mehrerer Fragesteller wurde beschlossen, um Vernehmung der Polizeifräfte zu petitioniren, sowie beim königl. Polizei-Präsidium zu beantragen, daß für das 6. und 7. Commissariat eine Polizeiwache errichtet werde. Ein Fragesteller führt darüber Beschwerde, daß von der Ausführung des projectirten Lauffteges über die Ohle am Grundstück Klosterstraße Nr. 58 noch immer nichts zu bemerken sei. Verschiedenen Mitgliedern hatte der gegenwärtige Zustand mander Straßen und Plätze mit ihrem bekannten schwarzen Schlamme zu Beschwerden Gelegenheit gegeben. In dem Schlamme des Mauritius-Platzes ist, wie constatirt wurde, die Feuerwehre schon zweimal steden geblieben. Eine Zufahrt möchte dem Vorstande des Vereins das Mandat erteilt wissen, täglich mit eigenen Stiefeln durch den Schmutz des noch ungepflasterten Bürgersteiges auf der Feldstraße zu waten. Ein Fragesteller giebt an, daß auf der Laugenstraße zur Drainirung bestimmte, innen und außen glatte Thonröhren nachträglich in ziemlich ungeeigneter Weise in Entfernung von 2 Zoll durchbohrt worden sind. In Folge dessen sei nun um diele Bohrlöcher in großem Umfange die Glatz weggesprungen, an welchen Stellen das eindringende Wasser die Röhren sehr leicht zerbrechen dürfte.

Ir. Breslau, 5. Dec. [Breslauer pädagogischer Verein.] In der 17. Jahres-Versammlung hielt der Vorsitzende, Colloge C. Bangner, einen Vortrag über das Thema: „Der Humor in der Schule.“ — Zum Schluß der Sitzung erstattete der Vorsitzende der Versammlung Bericht über seine Konferenz mit Herrn Stadtschulrath Thiel betreffs des Lehrbuchs für die Oberstufe und brachte die Antwort des Magistrats, die Benützung der Konferenzzimmer regeln, zur Verlesung. — Am 25. v. M. hielt der Verein zum Zweck der Statuten-Berathung eine General-Versammlung ab. Dieselben wurden mit wenigen, durch die Sachlage gebotenen Veränderungen, angenommen. Im weiteren Verlaufe der Sitzung sprach der Verein seine Ueberstimmung mit der Resolution der Freiburger Wander-Versammlung, die Zwecklosigkeit der Lehrproben bei den General-Conferenzen betreffend, aus und erklärte sich besonders für deren unbedingten Wegfall im hiesigen Konferenz-Bezirk. Der folgende Punkt der Tagesordnung betraf die Stellung des Vereins zu der vom Provinzial-Vorstande gemachten Proposition über den Eintritt in den deutschen Lehrerberein und ebenf. Verbleiben im preussischen Landes-Lehrerberein. Der Vorstand begründet sein Abweichen von dem bez. Schweidnitzer Beschlusse. Nach erschöpfender Debatte stimmt der Verein, obgleich von der letzten Provinzial-Versammlung beschlossen worden ist, aus dem preuss. Landes-Lehrerberein zum 1. Oct. c. auszuscheiden, aus Zweckmäßigkeitsgründen den Maßnahmen des Vorstandes bei. — Trotz vorgedruckter Zeit wünschte der Verein doch noch den Vortrag des Colloges F. Kiesel zu hören. Da dieser beabsichtigt, in einer Reihe von Vorträgen „das Unterrichts-geseh.“ zu besprechen, so begann er mit einem vollständigen Abriss der Geschichte desselben, sich dabei an die jüngst erschienene diesen Punkt behandelnde Broschüre von Clausnitzer anlehnen. Der Verein folgte dem zum großen Theile äußerst interessanten Ausführungen mit der gespanntesten Aufmerksamkeit. Ausführlicheres darüber bringen wir im Anschluß an die nächsten Berichte.

d. Breslau, 8. Decbr. [Bezirksverein südlich der Verbindungsbahn.] In der jüngsten Versammlung wurde die Mittheilung gemacht, daß auf das Gesuch des Reichs um Wegnahme der schrägen Brücke auf der Communication von der Nachodstraße über die Bohrauerstraße zur Salvatorische und um Planirung des dortigen Weges Magistrat geantwortet habe, daß bereits ein Bebauungsplan ausgearbeitet worden sei, der eine Verlängerung der Nachodstraße bis zur Bohrauerstraße ins Auge faßt und dessen Durchführung, die vielleicht in nicht zu ferne Aussicht steht, auch den Uebelständen des Fußweges an der Südseite der Helmhäuser beseitigen wird. Die gegenwärtige Jahreszeit sei nicht mehr geeignet, Straßenregulirungen zur Ausführung zu bringen, doch werde dieser Fußweg nach wie vor in passirbarem Zustande erhalten werden. — An das Polizei-Präsidium ist ein Schreiben abgegangen um Abänderung des § 4 der Bestimmungen über das Einwohner-Meldeamt dahin, daß der Vermieter beim Anzuge nur verpflichtet sei die Familienhäupter zu melden und daß letztere die Meldung ihrer Familien-Mitglieder obliegen solle. — Im Anschlusse an eine Besprechung der letzten Stadtwahlen im 13. Wahlbezirk 2. Abtheilung nahm Herr Nünge Gelegenheit, auf die principielle Bedeutung des Wahlgesetzes hinzuweisen und die Bezirksvereine als die Pflanzstätten des communalen Lebens zu charakterisiren. — Eine Frage lautete: „Wie kommt es, daß nach einem neuen Beschluß der städtischen Behörden die Hofstraße nur von der Sebowa- bis zur Nachodstraße gepflastert werden soll, trotzdem schon im Juni 1874 die Stadtverordneten-Versammlung beschloß, an Straße bis zur Brunnenstraße zu pflastern, solches auch im Laufe der Jahre von den zuständigen Behörden vielfach versprochen und diese weitere Pflasterung auch dringend ist?“ Fragesteller erhielt zur Antwort, daß auf eine Eingabe von Bewohnern der Hofstraße Seitens des Magistrats geantwortet worden sei, der Theil von Sebowa zur Brunnenstraße werde im Etat pro 1877 berücksichtigt werden. Herr Krebs macht auf das Fehlen eines Schlammfanges in dem genannten Theile aufmerksam. Die Verhältnisse der Straße sollen bis zur nächsten Versammlung genau eruiert werden. Herr Niedel macht im Namen des Comités für eine Weihnachtsgeschenke armer Kinder des Bezirks die Mittheilung, daß bis jetzt 515 M. zur Verfügung stehen, von denen 42 Knaben und 42 Mädchen bedacht werden sollen. Die Einbeschaffung soll am 13. dieses Monats in Bischofs Local stattfinden. — Ein Antrag des Herrn Geisler, das Polizei-Präsidium wiederholt zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß diejenige Theile des Bürgersteiges der Neuborstraße, welche zwischen den Trottoirs des Hauses Nr. 11 resp. 12 und dem Trottoir der Unterführung der Verbindungsbahn liegen, mit Pflaster resp. Trottoir versehen werden, da gegenwärtig an jener Stelle die alten Uebelstände der Fußpassage herrschen — fand Annahme.

Breslau, 8. Decbr. [Criminal-Deputation. — Anklage auf Grund des Nachdruck-Gesetzes.] Der Musikalienhändler Max Schlegler hatte sich heut vor der Criminal-Deputation zu verantworten, weil derselbe mehrere Exemplare der Oper „Robert der Teufel“ und von „Mamfell Angot“ verkauft hatte, dieselben sich aber als Nachdruck-Exemplare qualifizirten. Durch Circular waren ihm diese auffallend billigen Ausgaben — beide Arrangements für Clavier ohne Worte — von der Handlung F. Wänfler in Verona empfohlen worden und hatte er sie durch seinen Commissionsrath Hessel in Leipzig bezogen. Die Anklage macht ihm zum Vorwurf, daß er wissen mußte, diese Ausgaben seien unbedeutend, denn jedem Musikalienhändler muß es bekannt sein, daß „Mamfell Angot“ bei Brandt in Paris verlegt und dieses Verlagsrecht für Deutschland auf die Firma Bote und Bod in Berlin übertragen ist, ebenso ist es längst bekannt, daß Meyerbeer's Compositionen alleiniges Verlagsrecht der Firma Schlessinger in Berlin sind. Der Angeklagte wendet ein, eben der billige Preis habe ihn zum Bezug aus Italien bewogen, doch stellte er vorher die Anfrage an die Musikalienhandlung von Wänfler — welche ihm seit Jahren als achtungswerth bekannt ist — ob der Verkauf auch für Deutschland erlaubt sei und erhielt als Antwort, daß sämtliche auf dem Circular bezeichneten Opern, mit Ausnahme von Lucia Borgia, in Deutschland berechtigt seien. — Schlessinger nahm nunmehr an, es habe mit den Original-Verlegern ein Abkommen stattgefunden, wonach jene Ausgaben gleiche Berechtigung mit den in Deutschland verlegten Ausgaben hätten. Die Anklage fußt ferner darauf, daß im Buchhändler-Vorblatt vom 24. Februar und 24. März 1874 das alleinige Verlagsrecht der Firma Brandt in Paris, beziehungsweise der beiden genannten Berliner Firmen im amtlichen Theile bekannt gemacht wurde und wohl angenommen werden müsse, der Angeklagte habe jene Bekanntmachung gelesen; demgemäß sollte derselbe, um über zu gehen, bei den Berliner Firmen anfragen. Sowohl Bote und Bod als auch Schlessinger haben den Antrag auf Verstraffung gestellt und gleichzeitig verlangt, daß der Angeklagte zu einer Entschädigung von 300 Mark, resp. 487 Mark 50 Pf. verurtheilt werde.

Zur Beweisaufnahme schreitend, werden die Original-Bestellzettel, sowie die vom Angeklagten mit Wänfler resp. Hessel gepflogene Correspondenz vorgelegt und ist daraus ersichtlich, daß der Angeklagte in der That wegen des Verkaufes bei Jenen Rückfrage gehalten.

Der Staatsanwalt Herr Professor Dr. Fuchs weist darauf hin, daß das Gesetz über den Nachdruck vom Juni 1870, ebenso wie das Marken-Schutz-Gesetz Straßlosigkeit eintreten läßt, wenn durch einen entschuldbaren thatsächlichen oder rechtlichen Irrthum der Nachdruck veranlaßt wurde. § 25 des Gesetzes, welcher von der Verbreitung des Nachdrucks spricht, schein ebenfalls auf das im § 18 al. 2. betreffs des Nachdrucks ausgesprochene Princip Rücksicht zu nehmen. Seiner Ansicht nach habe der Angeklagte aber nicht das gethan, was notwendig war, um ihn als entschuldbar erscheinen zu lassen, gegenüber dem Umfange, daß seit Jahren besonders Meyerbeer's Werke vielfach nachgedruckt worden sind, war doppelte Vorsicht nöthig und wäre durch eine Anfrage bei den Original-Verlegern der Angeklagte belehrt worden. Er be-

antrage demnach für jeden der beiden Fälle 30 M., wovon 4 Tage Gefängniß. Was die exorbitant hohe Entschädigungsforderung der betreffenden Verleger anlangt, so werde diese Forderung wohl auf den Civilprozeß verwiesen werden müssen. Gleichzeitig müsse aber auf Einziehung der vorfindlichen Nachdruck-Exemplare erkannt werden.

Der Verteidiger, Herr Justizrath Leonhardt, ist der Meinung, daß nach § 25 des Gesetzes unabhängig von § 18 nur derjenige Verbreiter bestraft werden könne, der vorsätzlich handelte, die Anlage habe diesen Umstand nicht erwiesen, im Gegentheil zeige sich, daß dem Angeklagten der Dolus gefehlt, er beantrage demgemäß Freisprechung.

Der Gerichtshof schließt sich der Ansicht des Verteidigers an und spricht den Angeklagten frei, gleichzeitig beschließt derselbe aber die Einziehung der Nachdruck-Exemplare und verweist außerdem die Frage der den Original-Verlegern zu überweisenden Entschädigung auf den Civilprozeß.

** [November-Witterungs-Bericht aus Bunzlau.] Den Uebergang vom Herbst zum Winter bildend, hatte der November theils herbstliches theils winterliches Wetter mit ziemlich hohem, dem Jahresmittel fast gleichkommenden, mittleren Barometerstand, keinen wolkenfreien Tag und nicht zu reichliche atmosphärische Niederschläge. Westliche Windrichtung, Regen wechselnd mit Schnee und eine Temperatur über dem Frostpunkte herrschten in den ersten Tagen des Monats, vom 4. ab trat nördliche Windrichtung und mit ihr Kälte ein, welche letztere mit bisweiliger Unterbrechung in den Mittagstunden bis zum 14. anhielt, am 14. trat, ununterbrochen bis zum 21., bei mehr oder weniger bewölktem Himmel und südlicher Windrichtung eine Wärmeperiode ein, um vom 21. bis zum 28. wieder einer Kälteperiode zu weichen, worauf bis zum Ende des Monats abermals wärmere Temperatur wahrte. Nur an vier Tagen war die Luft stürmisch bewegt, die mittlere Intensität des Windes 1,37, schwach wie bisher in diesem Monat dieses Jahres, die mittlere Windrichtung gleich der im October eine südöstliche, hervorgehend aus: 3 N., 5 W., 14 O., 24 S., 6 S., 16 S.W., 14 W. und 8 N.O. 8 Regen- und 5 Schneetage brachten nebst viermaligem Reif 138,5 Kubitzoll Niederschläge = 11,54 Linien Höhe, von denen 6,66 Linien auf Regen und 4,88 Linien auf Schnee inclusive Reif kommen. Halbheiter waren 18, trübe mit Sonnenbliden 7 und mit völlig bedecktem Himmel 5 Tage. Nebel einigemal sehr dicht, stellte sich an 10 Tagen ein.

+ **Glogau 8. Dec.** [Die Schließung] resp. Verlegung des hiesigen katholischen Kirchhofs ist wie uns von einer Seite, die wir als officiell bezeichnen können, mitgetheilt wird, in weiter Ferne gerückt. Die Militärbehörden wollen zunächst die Feststellung des von der Commune Glogau für den neuen Stadttheil anzufertigenden Bebauungs Planes und dann die Nothwendigkeit abwarten, die sie zur Schließung und Verlegung des Kirchhofes veranlassen könnte. Aus den mit dem Vorstande der katholischen Kirchengemeinde gepflogenen Vorberathungen können wir mittheilen, daß derselbe für den zu schließenden Kirchhof einen neuen Kirchhof auf Jarkauer Territorio verlangt, letzterer auf Kosten der Militärbehörden vollständig eingerichtet, und u. A. einen Brunnen und ein Leichenhaus enthalten muß. Außerdem wird eine Geldentschädigung beantragt. — Das neue Breslauer Festungsthor so wie die neue Festungsbrücke sind fertig und werden Montag dem öffentlichen Verkehr übergeben werden. Das Thor hat zwei Durchlässe für Fuhrwerk und 2 Wege für Fußgänger, die durch Wände von einander getrennt sind. Die Bauart, so wie die ganze Anlage zeigt den Geschmack und wird dem neuen Stadttheil, wenn er endlich entstehen wird, zur größten Zierde gereichen.

X. **Neumarkt 8. Dec.** [Tages-Chronik.] Gestern erregte eine wunderliche Menschenmenge im phantastischen Auszug, gemischt mit größter Vermuthung, unsere Neugier. Diese etwa aus 14 Personen, Männern, Jünglingen, Weibern und Kindern bestehende Truppe, theils barfuß, theils wieder recht gut und originell bekleidet und geschmückt mit langen Hahnenfedern wurde vom nahen Dorfe Frankenthal heremarschirt, wo man sie festgenommen hatte. Diese Zigeunerbande hat nämlich in Jiefewitz Gänse geflohen und sie im legendorier Walde wo die Wände kratzen, braten wollen. Ein Förster erwiderte sie, als sie rücksichtslos Bäumen um- und Aeste von Bäumen abbrachten, um damit das Feuer zu unterhalten, und nahm die ganze Bande fest, die er nach Neumarkt brachte. Freilich mußten sie wieder an den Ort der Ergreifung zurück, da die erste Vernehmung der Thäter durch den Ortsvorstand dort selbst erfolgen muß. — Die Gesellschaft, welche die geflohenen Gänse noch bei sich führte, erschien ungeheuer aufgeräumt und heiter, anscheinend froh in dieser schlechten Witterung warm unterzukommen.

§ **Striegau, 8. Decbr.** [Zu den Reichstagswahlen. — Kirchliche Wahlen. — Unglücksfall. — Preussischer Beamtenverein.] Die Vorbereitungen für die Reichstagswahlen im hiesigen Wahlkreise werden mit der am nächsten Sonntage in Schweidnitz stattfindenden allgemeinen Wähler-Versammlung, in welcher zunächst die Constituirung eines ständigen liberalen Wahlvereins erfolgen soll, ihren Anfang nehmen. Ueber die Candidatenfrage verlaute noch nichts, doch dürften in der erwähnten Versammlung auch hierüber schon Vorentscheidungen getroffen werden. Es ist anzunehmen, daß die liberale Partei, unbeschadet der persönlichen Sachachtung, welche sie dem bisherigen Reichstagsabgeordneten, dem General-Landschafts-Director Grafen Fiedler, zollt, von einer Wiedermahl desselben absehen, vielmehr der gesammten Wählerchaft des Kreises einen ihr angehörigen Candidaten empfehlen wird. — Mit Ende dieses Jahres scheiden von dem obang. Gemeindevorstande in Folge Auslosung die Herren Sanitätsrath Dr. Golz, Kaufmann Reimann, Rathsberr Schneider und Kaufmann P. Schmidt, sowie 18 Gemeindevorsteher aus. Die Neu-Anmeldungen zur Wählerliste behufs Theilnahme an den für den 7ten Januar k. J. angeordneten Ergänzungswahlen sind äußerst gering. — Auch auf kirchlichem Gebiete zeigt sich immer noch ein beklagenswerther Indifferentismus. — Gestern Nachmittag hatte der Arbeiter Hoffmann aus Stanowitz das Unglück, in der Obermühle zu Tischehen mit dem Kopfe zwischen die Daumen einer Welle zu geraten und von derselben erquetscht zu werden, so daß sein Tod augenblicklich erfolgte. — Der Magistrat empfiehlt den in Hannover neu gegründeten „Preussischen Beamten-Verein“, der die Förderung der materiellen Interessen des Beamtenstandes durch Lebens- und Capital-Versicherungen, Sterbe- und Kranken-Cassen, Verorgung unversehrter Töchter und Ansammlung von Studienmitteln für Söhne u. zum Zweck hat, und erklärt sich zur Vermittelung von Antragspapieren u. bereit.

s. **Waldenburg, 8. Decbr.** [Reichstagswahlen.] Bei den diesjährigen Ergänzung- und Neuwahlen zum Reichstage sind als Reichstagsabgeordnete wieder resp. neu gewählt worden a. aus dem Wahlverbande der Großgrundbesitzer: der Rittergutsbesitzer und Prem.-Lieutenant v. Buttler auf Reusendorf, Landshaus-Director v. Giettritz-Reuhau auf Kolbnitz, Rittergutsbesitzer Fröhlich in Nieder-Hermsdorf, die Fabrikbesitzer Julia u. Weibly in Wlumenau und Julius Kaufmann in Zannhausen, der königliche Commerzienrath Tielich in Altwasser, Fürst v. Pleß auf Fürstentstein, der königliche Commerzienrath Hantsche in Waldenburg und Gutsbesitzer Heinrich Schrott in Nieder-Hermsdorf; b. im Wahlverbande der Landgemeinden: Gutsbesitzer Ernst Feige in Ober-Salzdamm, Malereibesitzer Köhler und Kaufmann Wagner in Altwasser, Gutsbesitzer Ernst Tischerich in Weisstein, Gemeindevorsteher Schönwälder in Reimswaldau, Amtsdorsteher Tielicher in Ober-Waldenburg, Gasthofbesitzer Hoffmann in Charlottenbrunn, Gemeindevorsteher Jodel in Nieder-Salzdamm und Gutsbesitzer F. Mer in Dittersbach; c. im Wahl-Verbande der Städte: Bürgermeister Ludwig, Kaufmann Bod und Stadtrath Auit in Waldenburg, sowie Bergwerks-Director Krügel in Gottesberg. Außerdem wurde an Stelle des auf seinen Antrag aus dem Reichstage geschiedenen Wahlenbesizers Edert der königliche Commissionsrath Veder in Polsnitz gewählt.

T. **Freiburg, 8. Dec.** [Begräbnis.] Im Laufe dieser Woche wurde hier eine Katholikin unter Begleitung des evangelischen Geistlichen und der evangel. Schule beerdigt, nachdem der kathol. Geistliche die kirchliche Feier für das Begräbnis abgelehnt hatte, und zwar aus dem Grunde, weil die Frau mit ihrem evangel. Mann nicht kirchlich, sondern nur civiliter getraut gewesen ist; — die Grabbegleitung war ziemlich zahlreich.

K. **Frankenstein, 8. Dec.** [Wahlcandidatur.] Das vereinigete Comite der Reichstreuen des Wahlkreises Frankenstein-Münsterberg hat als Candidaten für die nächste Reichstagswahl Herrn Domherrn Dr. Künzler in Breslau aufgestellt. Die Annahme der Wahl ist gesichert, da die Zusage bereits erfolgt ist.

H. **Namslau, 7. Decbr.** [Feuer. — Wahlen zum Reichstage und zur Elementar-Lehrer-Witwen- und Waisenkasse. — Kreis-Communalbeiträge. — Wirtigung. — Strangulation.] Am 4. v. Mts., Nachmittag gegen 1 Uhr, brach in Wankwitz, hiesigen Kreises, in der Scheuer der Johann Stiller'schen Angerhänzerstelle Feuer aus, welches die ganze Bestung in Asche legte. Stiller ist Seitens der Polizeiverwaltung in Haft genommen worden. — Dem Referat in Nr. 565 v. Jg. ist nachzutragen, daß Seitens der Städte Namslau und Reichthal in den Reichstag der Herr Brauereibesitzer Haselbach von hier wieder, an Stelle der Herren Particulier Häfner von hier und Bürgermeister Dierschle

von Reichthal aber die Herren Kreisphysikus Sanitäts Rath Dr. Paritz von hier und Kaufmann und Rathmann Karl aus Reichtha neu gewählt worden sind. — Nachdem bereits am 28. October c. evangelischerseits die Herren Weidiger Dobischall, Lehrer Wlofste und Lehrer Hoffmann von hier, katholischerseits aber die Herren Lehrer Knobloch und Cantor Bönningshausen von hier und Lehrer Schulte in Giersdorf als Kreis-Vorstände der Elementar-Lehrer-Witwen- und Waisenkassen gewählt worden waren, sind Seitens des Kreises zu diesen Kassen die Herren Major von Wedell aus Klein-Hennersdorf und Gutsbesitzer Klemm in Simmelwitz wieder gewählt worden. — Die pro 1876 auszuführenden Kreis-Communalbeiträge (circa 7100 Mark) machen die Aufschreibung eines Zuschlages von 10 Pf. pro Mark directer Staatssteuer erforderlich, wobei in Gemäßheit des Reichstags-Beschlusses vom 25. Juni v. J. die sämtlichen directen Staatssteuern, mit Auschluss der Haussteuer unter Substitution einer fingirten Klassensteuer von 1 Mark 50 Pf. pro anno für diejenigen Mitglieder des Kreises, welche wegen eines geringeren Einkommens als 420 Mark von der Klassensteuer befreit sind, zu Grunde gelegt werden. — Das Landratsamt hier selbst macht bekannt, daß dem Herrn Hauptmann Kör in Schmögrau nur für die katholische Schule daselbst das Revisorat übertragen worden ist. — Gestern Abend in der 11. Stunde, gewahrten die Wächter einen dunklen Gegenstand und fanden bei näherer Untersuchung einen fremden Menschen, der sich an der Thür eines Nebengebäudes des Rathhauses aufgehängt hatte und bereits todt war. Nach den bei dem Fremden gefundenen Papieren soll derselbe aus der Nachbarstadt Kreuzburg stammen und ein Schmiede- oder Schloßergeselle sein.

— **Königsbütte, 8. Decbr.** [Ungültigkeitserklärung.] Mittelt gestern eingegangener Verfügung der königl. Regierung zu Oepeln ist die am 27. v. Mts. stattgehabte Wahl von Stadtverordneten der 3. Klasse, bei welcher der bei weitem größte Theil der stimmberechtigten reichsfreundlichen Bürger, von der rohen Kraft der Gegenpartei gebindert, nicht hat zur Stimmabgabe gelangen können, und gegen welche die Liberalen zwei Proteste an genannte Behörde gerichtet haben, für ungültig erklärt worden. Somit steht uns wieder ein Wahlact bevor. Daß die ultramontane Partei, um abermals den Siegesdabon zu tragen, alle irdische Mühe sich geben und keine Anstrengung scheuen wird, ist selbstverständlich; dennoch ist begründete Hoffnung vorhanden, daß ihr der Siegespreis nicht zufällt. Damit die Ungebrügelteien sich nicht wiederholen und der Volksgut des Wahlactes selbst leichter und schneller bewirkt werde, findet die Bildung mehrerer Wahlbezirke statt. Außerdem hat unser neue Schaffensrege Bürgermeister Herr Girndt inofficiell einen andern Wahlmodus eingeführt, als nunmehr an Stelle der alphabetschen Eintheilung der Namen der Wähler in den Listen die stimmberechtigten Bürger mittelst numerirter Karten eingeladen und zur schnellen Auffindung ihres Namens nur die Nummer zu nennen haben werden. Ferner gewähren diese Zettel den Vortheil, daß sie gleichzeitig als Einlaßkarten dienen und für die Zukunft das von einer gewissen Seite beobachtete Verfahren, durch Fällung des Wahllocales mit gar nicht stimmberechtigten Elementen die Gegenpartei an Ausübung ihres Stimmrechts zu verhindern, unmöglich machen.

Ratibor, 8. Dec. [Eine kleine Revolte.] Der „Oberjhl. Anzeiger“ schreibt: Heute Morgen 10 Uhr betrat eine große Zahl der aus der Dominikanerkirche nach beendigtom Gottesdienste herausretenden Kirchgänger den anstoßenden Reitplatz der kleinen Kafene, auf welchem, da der heutige katholische Feiertag ein gesetzlich gebotener nicht ist, eine Abtheilung Mann Reitübungen abhielt. Der commandirende Offizier forderte zum Verlassen des Reitplatzes auf, dessen Betreten die daselbst angeschlagene Barunungsstapel verbietet. Anstatt dem Folge zu geben, nahm die sich immer mehr aufammelnde Menschenmenge eine drohende Haltung an. Einige aufgeregte Männer drohten den Mann mit Stöden und machten unnütze Redensarten. Nach wenigen Minuten wurde indeß der Anlauf gestrichet und der Reitplatz abgeperrt. — Zu dem bekannten Strafenanfall bei Jüllowitz erschüt unser Bauernbize u. Correspondent aus authentischer Quelle, daß der nun leider verstorbenen Weisgerbermeister Rehner an jenem Abend gegen 8 Uhr, noch auf dem Wagen sitzend, mit einem anscheinend stumpfen Instrumente einen Hieb auf den Kopf bekam, welcher mit ungeheurer Vehemenz geführt sein mußte, da der Schädelknochen vollständig frei dalag. Dieser Wagen wurde, wie zuletzt angeben, nicht beraubt, nur ein Strick, der einen im Hinterrücken zusammengewickelten Leder-Ballen zusammenhielt, durchschnitten, vorgefunden. Ungefähr zwei Stunden nach diesem Vorfalle überfahen angeblich behärdete (jedenfalls dieselben) Strolche einen zweiten Wagen. Auf den Hilferuf dieser Marktleute kam ein schon vorausgewesener junger Mann schnellig zur Unterstützung herbei, wurde aber von der Diebesbande in dem schon besprochenen Kampfe auf's Jämmerlichste zugerichtet. Hier wurde eine wollene Decke im Werthe von 15 Mark vernichtet, welche jedenfalls die Räuber stahlen. In derselben Nacht erging es ferner einem Bauernsohne aus Lintin, der auf die Heirath nach Jüllowitz ritt, an bezeichneter Stelle ebenfalls nicht besser. Nur seinem schnelligit dabonellenden Pferde hat derselbe seine gesund erhaltenen Glieder zu danken, denn schon schickte sich die auch ihn überfallenden Räuber an, dem Pferde in die Zügel zu springen, als das mutige Thier mit mächtigem Sage die Kerle bei Seite warf und galoppirend fortjagte. Es wird allgemein angenommen, daß der an der Ueberfallstelle befindliche Buß und die über die Straße flührende Brücke (unter welcher letzteren die gefährliche Bande wahrscheinlich aufauerte) bei den jetzt finsternen Nächten diesen Strolchen geeignete Schlupfwinkel bieten. Es werden jetzt regelmäßig nach dem unheimlichen Orte Patrouillen abgefannt.

Berlin, 8. Dec. Um über das heutige Börsengeschäft eine Charakteristik geben zu können, ist es durchaus notwendig, die heutigen Coursnotirungen, die auf eine gewisse Festigkeit bindeten, mit den gestrigen zu vergleichen, denn nur hierin ist einigermaßen ein Anhalt zur Beurtheilung der Stimmung gegeben. Der Verkehr blieb wenigstens in dem Maße gering, daß eine allgemeinere Tendenz nicht erkennbar war. Die schon in unseren früheren Berichten geschilderte und motivirte Geschäftsenthaltung hatte heute fast noch an Intensität zugenommen und findet dies wenigstens zum Theil auch in dem untenstehenden Erklärung, daß des katholischen Feiertages wegen Aufträge und Coursmeldungen von vielen auswärtigen Plätzen, in erster Linie von Wien fehlten. Die Hauptspeculationspapiere notiren theilweise etwas höher, doch zeigte sich der Umsatz, wie wir gleich hinzufügen müssen, so gering, daß die Notirungen während des größten Theiles der Börsenzeit ganz stabil blieben. Allenfalls dürfte Oesterreichische Staatsbahn etwas lebhafter genannt werden. Die Oesterreichischen Nebenbahnen waren zwar fest, traten aber nur in sehr schwachen Verkehr. Galizier setzten etwas niedriger als gestern ein, behaupteten sich aber sonst recht gut. Von den localen Speculationspapieren zeichneten sich Laurac-Actien durch Festigkeit, Dortmunder Union-Actien aber durch Regsamkeit aus. Den Disconto-Commandantellen war es ziemlich schwerlich auf gestrigem Niveau zu erhalten. Disconto-Commandit 107, ult. 107 1/2 — 6 1/2 — 6,75. Laurahütte 70, ult. 70 — 70 1/2. Für ausländische Staatsanleihen zeigte sich die Stimmung ziemlich günstig, die Course konnten durchweg etwas anziehen, und wenn der Verkehr im Allgemeinen auch gerade nicht reger war, so fanden doch österreichische Renten, 1860er Loose und Italiener gute Beachtung, russische Werthe verkehrten ziemlich fest und vermochten die Course etwas zu erhöhen, 5proc. Anleihen wurden pr. ult. zu 78,50 — 40 — 79 1/2 — 79 gehandelt. Preuss. Fonds und andere deutsche Staatspapiere unbedeutend und meist unverändert. In Eisenbahn-Prioritäten hatte das Geschäft einen etwas lebhafteren Gang angenommen, wenigstens gilt dies für österr. Debiten, für die vielfache Nachfrage auftrat. Auf dem Eisenbahn-Actien-Markt war eine gewisse Anregung zu bemerken. Bergische ertrieten sich auch heute besonderer Beachtung. Potsdamer, Anhalter und Stettiner steigend, Halberstädter gaben wiederum etwas nach. Leichte Bahnen sehr still. Berlin-Dresden, Bayr. Südbahnen gingen indeß zu ungefähr gestrigen Coursen reger um. Bankactien sehr ruhig. Provinzial-Gemeindebank zu höherem Course begehrt, doch fehlten Abgeber. Deutscher Landesbank steigend, Meiningener beliebt. Brüsseler Bank weichen. Baubank Metropole gedrückt, Centralbank für Bauten schwach. Bank für Rheinland in Folge unlimitirten Verkaufsauftrages niedriger. Industriepapiere meist ohne Geschäft. Von Brauereien zogen Landre, Schultheis und Tivoli in den Coursen an. Große Pferdebank notirt zwar etwas besser, schließt aber mit Briefcours. Hofmann Wagenbau sehr fest. Neuf Wagenbau gefragt. Braunschweiger Kohlen niedriger. Nebenbütte und Pluto matt. Aachen-Höngen gedrückt. Nur Donneremard sehr fest und beliebt. Centrum und Louise ebenfalls in guter Lage.

Um 2 1/2 Uhr: Fest. Credit 218, Lombard 124,50, Franzosen 419, Reichsbank 150, Disconto-Commandit 106,75, Dortmund Union 7,10, Laurahütte 70,25, Köln-Mündener 100,75, Rheinische 110,75, Bergische 78,75, Rumänen 9,50, Türken 8,40.

[Auf die neue russische Anleihe] sind einer amtlichen Rundmachung der russischen Reichsbank zufolge im Ganzen 123,580,000 Rubel gezeichnet worden. In Folge dessen werden alle diejenigen, welche bis zu einer Million incl. gezeichnet haben, die volle Zahl der gezeichneten Billede erhalten; der

Uebersicht von 22,500,000 Rubel aber wird von den über eine Million be-
tragenden 30% Anleihen proportional abgeschrieben werden.

Berliner Börse vom 8. December 1876.

Fonds- und Geld-Course.		
Consolidirte Anleihe...	103,90 bz	
do. 1876	96,50 bz	
Staats-Anleihe	96,48 bz	
Staats-Schuldenschein	93,60 bz	
Präm.-Anleihe v. 1855	136,30 bz G	
Berliner Stadt-Oblig.	101,90 bz	
do. Berliner	101,25 bz	
Pommersche	81,60 bz	
do. do.	83,60 bz	
do. do.	101,40 bz	
do. do.	93,30 bz G	
do. do.	93,30 bz G	
do. do.	94,50 bz	
do. do.	94,60 bz	
do. do.	95,00 bz	
do. do.	94,40 bz	
do. do.	97,75 bz	
do. do.	95,50 bz	
do. do.	95,50 bz	
do. do.	117,30 bz	
do. do.	119,50 bz	
do. do.	100,30 bz G	
Kurs 40 Thaler-Loose	246 G	
Badische 35 Pr.-Lose	132,20 G	
Braunschw. Präm.-Anleihe	88,50 B	
Oldenburger Loose	121 G	
Ducaten 9,66 bz	Frankl. Rk. —	
Sover. 20,35 bz	einl. Leip. —	
Napoleons 16,26 bz	Oest. Rk. 159,75 bz	
Imperialen —	Russ. Rk. 244,80 bz	
Dollars —		

Wechsel-Course.		
Amsterdam 100/101	1875/76	169,10 bz
London	2 M.	168,30 bz
do.	3 M.	169,30 bz
do.	4 M.	168,30 bz
Paris 100 Frca.	8 T.	20,345 bz
Peterburg 1000 R.	3 M.	240,30 bz
Warschau 1000 R.	6 T.	243,20 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	153,40 bz
do. do.	2 M.	158,30 bz
Eisenbahn-Stamm-Actien.		
Divid. pro 1874	1875/76	
Aachen-Münster	1	17 bz
Berg-Märkische	2	77,75-8,25 bz
Berlin-Anhalt	8	102,60 bz G
Berlin-Dresden	5	17,50 bz
Berlin-Görlitz	0	20,30 bz
Berlin-Hamburg	12 1/2	173,50 bz
Berl. Nordbahn	0	ir.
Berl.-Potsd.-Magd.	3	75 bz G
Berlin-Stettin	1 1/2	118 bz
Böhm. Westbahn	5	65,75 bz G
Breslau-Freib.	7 1/2	100,50 bz
do. do.	3 1/2	99,75 bz
do. do.	6	—
do. do.	6	—
do. do.	0	5 bz
Gal. Carl-Ludw.-B.	8 1/2	79,90 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	6 bz G
Hannover-Altenb.	0	8 10 bz G
Kaschau-Oderberg	5	32,60 bz
Kronpr. Rudolfr.	5	40,75 bz G
Ludwigs-Berb.	9	177 bz
Märk.-Posener	0	11,50 bz
Magdeb.-Halberst.	3	162 bz
Magdeb.-Leipz.	14	14 —
do. do.	4	—
do. do.	4	—
Mainz-Ludwigsh.	6	95,25 bz
Niederschl.-Märk.	6	96 B
Oberschl. A.C.D.E.	12	153,10 bz
do. do.	12	123 G
Oesterr. Fr. St. B.	5	67,75
Oest. Nordwestb.	5	187,25 bz
Oest. Südb. (Lomb.)	1 1/2	124,50 —
Ostpreuss. Südb.	0	19,90 bz B
Rechte-O.-U.-Bahn	6 1/2	166,50 bz
Reichenberg-Pard.	4 1/2	42,50 G
Rheinische	8	110,40 bz
do. Lit. B. (4 1/2 % gar.)	4	90,90 bz
Rhein-Nah-Bahn	0	7 bz G
Rumän. Eisenbahn	4	9,50 bz
Schweiz-Westbahn	0	23,30 bz G
Stargard-Posener	4 1/2	101,40 bz
Thüringer Lit. A.	7 1/2	131,70 bz G
Warschau-Wien.	16	183 bz

Hypothek-Certificats.		
Kruppsche-Präm.-Obl.	102,20 bz	
Unk. Präm.-Obl.	99 bz G	
do. do.	100,50 bz G	
Deutsche Hyp.-B. Präm.	97,75 bz B	
do. do.	100,20 bz	
Künder. Cent.-Bod.-Obl.	100,50 bz	
Unkünd. do. (1872)	104,30 bz	
do. rückab. 110	98,60 bz	
do. do. do.	—	
Unk. H. d. Präm.-Bd.-Obl.	102,50 bz G	
do. III. Em. do.	100,00 G	
Kündb. Hyp.-Schuld. do.	105 G	
Hyp.-Anth. Nord.-G.C.E.	101 bz G	
do. do. Pfandbr.	100,75 G	
Pomm. Hyp.-Briefe	105 G	
do. do. II. Em.	107,10 bz	
do. do.	105,25 bz	
do. do.	101,25 G	
do. do.	100,60 G	
Meininger Präm.-Prdb.	32 G	
Oest. Silberpfandbr.	—	
do. Hyp.-Präm.-Prdb.	84,50 G	
Fr. A. Oest.-Bd.-Cr.-Ge.	100 G	
Schles. Bod.-Cr.-Prdb.	94 G	
do. do.	102,40 G	
Südd. Bod.-Cr.-Prdb.	98 G	
do. do.	—	
Wiener Silberpfandbr.	—	

Ausländische Fonds.		
Oest. Silberrente	52,90 bz	
(1/2 % u. 1/2 %)	53,20 bz	
do. Papierrente	47,80 bz G	
(1/2 % u. 1/2 %)	47,80 bz G	
do. 5er Präm.-Anl.	89,75 bz	
do. Lott.-Anl. v. 69.	92,75-92,75 bz	
do. Credit-Loose	289,50 bz	
do. 6er Loose	239 bz	
Russ. Präm.-Anl. v. 64	136,50 bz	
do. do. 1866	133,75 bz	
do. do.	76,25 bz	
do. do.	75,25 G	
Russ. Poin. Schatz-Obl.	73,40 B	
Poin. Pfandbr. III. Em.	87,25 bz	
Poin. Liquid.-Pfandbr.	59,10 bz G	
Amerik. rückl. p. 1881	104,25 bz	
do. do. 1885	100,75 bz	
do. 5% Anleihe	101,40 G	
Französische Rente	—	
Ital. neue 5% Anleihe	68,60-68,75 bz	
Ital. Tabak-Oblig.	100 G	
Laab.-Graz-100Thl.-L.	65,50 etbz G	
Rumänische Anleihe	82,75 bz	
Türkische Anleihe	8,40 bz	
Ung. 5% St.-Eisenb.-Anl.	64,30 bz	
Schwedische 10 Thlr.-Loose	—	
Finische 10 Thlr.-Loose	37 bz	
Türken-Loose 21 G		
Eisenbahn-Prioritäts-Actien.		
Berg.-Märk. Serie II.	106,25 B	
do. III. v. 83 3/4 %	83,10 bz B	
do. do. VI.	97 bz	
do. Hess. Nordbahn	102,25 B	
Berlin-Görlitz	101,50 G	
do. do.	90 B	
Breslau-Freib. Lit. D.	—	
do. do. E.	—	
do. do. F.	93,50 G	
do. do. G.	89 B	
do. do. H.	89 B	
do. do. J.	89 B	
do. do. K.	89 B	
Cöln-Minden III. Lit. A.	90 G	
do. Lit. B.	99,75 G	
do. Lit. C.	91,90 G	
do. Lit. IV.	91,90 G	
Halle-Sorau-Gub.	106,30 G	
Hannover-Altenb.	92 G	
Märkisch-Posener	95,25 B	
N.-M. Staatsb. I. Ser.	95 B	
do. II. Ser.	95 B	
do. Obl. I. u. II.	95,50 bz	
do. Obl. III. Ser.	94,75 B	
Oberschles. A.	—	
do. B.	—	
do. C.	—	
do. D.	—	
do. E.	—	
do. F.	161 bz	
do. G.	97,60 G	
do. H.	100,75 bz G	
do. von 1859.	101,40 B	
do. von 1874.	97 B	
do. von 1874.	97 B	
do. Brigg-Neiß. I. Ser.	—	
do. Gosl.-Oderb.	—	
do. do.	102 B	
do. Stargard-Posen	—	
do. do. II. Em.	98,50 G	
do. do. III. Em.	95,50 G	
do. Niederschl. Zwgb.	—	
Ostpreuss. Südbahn	—	
Schleze-Oder-Ufer-B.	—	
Schlesw. Eisenbahn	—	

Bank-Papiere.		
Allg. Deut. Hand.-G.	5	21 G
Anglo-Deutsche-Bk.	0	42 G
Berl. Kassen-Ver.	19 1/2	117,4 G
Berl. Handels-Ges.	7	68,90 bz G
Berl. Prod.-u. Hdl.-B.	10 1/2	84,75 B
Braunschw. Bank	7 1/2	97,90 bz G
Bresl. Disc.-Bank	2	87,75 bz G
Bresl. Makler-Ver.	0	—
Bresl. Wechselbr.	3 1/2	71,75 B
Coburg. Cred.-Bnk.	4 1/2	68 G
Danziger Pr.-Bk.	6	117,50 B
Darmst. Credit-Bk.	10	99 bz
Darmst. Zettelb.	5 1/2	93,75 G
Deutsche Bank	5	77,75 bz G
do. Reichsbank	7 1/2	159 bz
do. Hyp.-B. Berlin	12	107 bz
Disc.-Com.-Anst.	12	107,65/2 bz
do. do.	12	88,90 bz
Geosenssch.-Bnk.	6	95 G
Gew. Schuster-u. C.	9	1,60 bz G Fr. Z.
Goth. Grundcred.	8	100,40 B
Hamb. Vereins-B.	11 1/2	117,50 G
Hannov. Bank	6 1/2	102,20 B
Königsb. Ver.-Bank	5 1/2	79,50 bz G
Ldw.-B. Kwiklick	6 1/2	62,50 G
Leipz. Cred.-Anst.	7	103,80 G
Luxemburg. Bank	6 1/2	92,50 B
Magdeburger do.	5 1/2	102,50 B
Meininger do.	3	67,10 bz
Moldauer Lda.-Bk.	10	15 bz
Nordb. Bank	10	124,25 G
Nordd. Grundcr.-B.	9 1/2	98 etbz B
Oberlausitzer Bk.	0	46 etbz G
Oest. Cred.-Actien	6 1/2	217-150-18 B
Pöner Prov.-Bank	6	94 bz
Pr. Bod.-Cr.-Bd.	8	94 bz B
Pr. Cent.-Bod.-Act.	9 1/2	116,50 G
Sächs. Bank	10 1/2	123,25 etbz G
Sächs. Cred.-Bank	5 1/2	93 B
Schl. Bank-Verein	5	86,75 B
Schl. Vereinsbank	5	89,25 bz G
Thüringer Bank	6	70,50 G
Weimar. Bank	5 1/2	34 B
Wiener Unionsb.	5	68 B

In Liquidation.		
Berliner Bank	0	88,75 G
Berl. Bankverein	4 1/2	63 G
Berl. Lombard-B.	0	4,50 G
Berl. Prod.-Makl.-B.	0	57,50 B
Berl. Wechselbr.	0	ir.
Centrab. f. Genos.	0	95 B
Deutsche Unionsb.	3	82,50 bz
Hannov. Disc.-Bk.	8 1/2	92,10 G
Hessische Bank	0	65,50 G
Ostdeutsche Bank	6	99,30 bz
Pr. Credit-Anstalt	0	ir.
Pr.-Wechsel-Bk.	0	ir.
Ver.-Bk. Quistorp	0	2 B

Industrie-Papiere.		
Berl. Eisenb.-Bd.-A.	7 1/2	139,75 G
D. Eisenbahn-G.	0	5,50 bz G
do. Reichs-u. Co.-E.	4	64,75 B
Märk. Sch.Nachsch.	0	19,90 bz G
Nordd. GummiFab.	5 1/2	52 bz G
do. Papierfabr.	4	—
Westend. Com.-G.	0	2,75 bz B
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	18 1/2	122,75 B
Schles. Feuervers.	17	73 B
Donnersmarkthütte	0	17,50 bz G
Dortm. Union	0	7,10 bz G
Königs- u. Laurah.	0	70 bz
Langbacher...	0	25,50 bz G
Mechthütte	7 1/2	67,75 bz G
Oschl. Eisenwerk	1 1/2	6 B
Redenhütte	0	7,25 B
Schl. Kohlenwerk	0	6 B
Schl.Zinc.-Actien	7	76,50 B
do. St.-Pr.-Act.	7	83 bz
Tarnowitz. Bergb.	0	37 G
Vorwärts-Hütte	1	12 B
Baltischer Lloyd	0	40,90 B
Bresl. Bierbrauer	0	—
Bresl. E.-Wagen	6 1/2	48,25 G
do. ver. Oelfabr.	5	14 etbz G
Erdm. Spinnerey	4	43,25 B
Görlitz. Eisen-B.	2 1/2	10,75 G
Hoffm's Wag.Fabr.	0	28 B
O. Schl. Eisenb.-D.	2 1/2	—
Schl. Leinwand.	7 1/2	—
do. Porzellan	0	9,50 B
Wilhelmsbütte A.	4 1/2	68 B

Telegraphische Depeschen.

Paris, 8. Decbr. Die Minister haben aus Anlaß der Cabinets-
Krisis gestern und heute mit Delegationen der Gruppen der Linken Be-
sprechungen gehabt; die Delegirten haben dabei ein Programm
vorgeschlagen, das sowohl dem Marschall-Präsidenten wie den Ministern
unannehmbar zu sein scheint. Bis jetzt ist eine definitive Entschlie-
ßung von den Ministern noch nicht getroffen.

Berfailles, 8. Decbr. Deputirtenkammer. Berathung des Ein-
nahmebudgets. Der Finanzminister setzte die Unmöglichkeit ausein-
ander, eine Herabsetzung der Abgaben eintreten zu lassen und hielt
auch eine Reform des Abgabewesens für unheilvoll. Eine Vergleichung
der Einnahmen von 1875 mit denjenigen von 1876 sei durchaus
nicht befriedigend, die Zunahme betrage nur 1 pCt., während sie nor-
malmäßig 3 pCt. betragen müße, die Ergänzung der Heeres-Aus-
rüstung habe 1285 Millionen in Anspruch genommen und werde noch
weitere 400 Millionen erfordern, erst im Jahre 1889 werde der Staat
die Freiheit seiner Bewegung wieder finden. Vor Allem müße die
Entwicklung des Handels mit dem Auslande gefördert werden. Der
Minister hob im Laufe seiner Rede besonders hervor, daß die fran-
zösische Rente niemals besteuert gewesen sei und auch niemals werde
besteuert werden. Die Berathung wird morgen fortgesetzt.

London, 8. Decbr. Die heutige antitürkische National-Conferenz
wurde vom Herzog von Westminster präsidiert und von über 1000 De-
legirten aus allen Theilen Englands besucht, darunter Gladstone, der
Bischof D'Neer und mehrere Parlamentsmitglieder. Den Hauptgegen-
stand der Reden bildeten die Maßregeln in der Türkei, das Hoff-
nungslose aller Reformen der Pforte, die Verantwortung Europas
namentlich Englands, die Aufzählung der von der Pforte zu verlan-
genden Reformen und Garantien und die Proteste gegen einen Krieg
Englands für die Türkei. Schließlich wurde eine einzige Resolution
angenommen, welche die Bildung eines Comitês zur Förderung der
Zwecke der Conferenz vorschlägt. Westminster hob hervor, er erblicke
den Hauptzweck der Conferenz im freundlichen Zusammenwirken En-
glands und Russlands, wodurch die Hoffnung der Türkei, daß sie jeden-
falls auf die Unterstützung Englands rechnen könne, zerstört werde.
Nöthigenfalls müßten englische Schiffe mit Truppen gegen die Türken
gesendet werden.

Washington, 8. Decbr. Im Senat ist die Vornahme einer
Untersuchung über die Vorgänge bei der Wahl in Oregon beantragt
worden.

(Aus L. Hirsch's Telegraphen-Bureau.)
Petersburg, 8. Dec. Der hier eingetroffene russische General-
Consul in Ragusa, Jonin, ist in einer Audienz vom Kaiser empfangen
worden, die von ihm vorgelegten Wünsche Montenegro betreffend eines
Hafens und der Sutorina wurden vom Kaiser wofwollend aufge-
nommen und deren Unterbreitung bei den Mächten zugesagt. Der
Kaiser betonte, daß Rußland auf das Einvernehmen mit Oesterreich
viel Werth lege und deshalb wünsche, daß Fürst Nikita sich vorher die
Zustimmung Oesterreichs sichere.

Bukarest, 8. Dec. Der Fürst Karl hat am 16. d. M. eine
Zusammenkunft mit dem Großfürsten Nikolaus. — Die rumänische Armee
erhält einen neuen Commandanten. — Von der türkischen Grenze treffen
hier Flüchtlinge ein.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)
Frankfurt a. M., 8. Decbr., Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. (Schluß-
course.) Londoner Wechsel 24 1/2. Pariser Wechsel 81. 30. Wiener
Wechsel 159, 50. Böhmische Westbahn 135. Elisabethbahn 108 1/2. Galizier
158 1/2. Franzosen 208 1/2. Lombarden 62 1/2. Nordwestbahn 94 1/2. Silber-
rente 52 1/2. Papierrente 47 1/2. Russische Bodencredit 75 1/2. Russen 1872
— Amerikaner 1885 100%. 1860er Loose 92%. 1864er Loose 244, 00.
Creditactien*) 107%. Oesterreichische Nationalbank 659, 00. Darmst. Bank
99. Berliner Bankvereins 83%. Frankf. Wechselbank 95%. Oesterr.
deutsche Bank —. Meininger Bank 67%. Hessische Ludwigsbahn 95%.
Oberbessen —. Ungarische Staatsloose 129, 00. do. Schabanweisungen
alte 75 1/2